



Der Peutinger

Bayerischer Monatsspiegel

Magazin
für Politik,
Wirtschaft,
Wissenschaft
und Kultur

Ausgabe 6
49. Jahrgang / 2013

Bei Politik und Wirtschaft weltweit
gefragt: Unternehmensberater
Roland Berger im großen
Peutinger-Interview.

Auf den Seiten 10-14

Postvertriebsstück 82706 | Einzelpreis 7,50 EUR

Bild: Marcus Schief

Theo Sommer: Partner-Dämmerung
Marion Schick: Das Glück der Arbeit
Siegfried Balleis: Heimat der Kreativen
Hugo Müller-Vogg: Satt sagt Nein
Alexander Schubert: Löwe und Raute
Hannes Burger: Die Not der roten Bayern

Veranstaltungsvorschau

2013



Mittwoch, 11. Dezember 2013
Großer Rat und Convent
 (Jahresmitgliederversammlung)



Mittwoch, 4. Juni 2014
Dr. Christoph Franz
 Verwaltungsratspräsident Roche

2014



Mittwoch, 15. Januar 2014
Shi Mingde
 Botschafter der Volksrepublik China
 in Berlin



Mittwoch, 23. Juli 2014
Dr. Reiner Haseloff
 Ministerpräsident des Landes
 Sachsen-Anhalt



Donnerstag, 30. Januar 2014
General Hans-Lothar Domröse
 Oberbefehlshaber über das Allied Joint Force
 Command Brunssum



Donnerstag, 18. September 2014
Prof. Dr. Christian Blümelhuber
 Professor für strategische Kommunikations-
 planung (Universität der Künste Berlin)



Dienstag, 11. Februar 2014
Stephan Gemkow
 Vorstandsvorsitzender Haniel-Holding



Donnerstag, 9. Oktober 2014
Energiekonferenz



Mittwoch, 12. März 2014
Dr. rer. pol. Kurt Bock
 Vorstandsvorsitzender BASF



Montag, 13. Oktober 2014
Katharina Wagner
 Opernregisseurin



Donnerstag, 3. April 2014
Prof. Dr. Wolfgang M. Heckl
 Generaldirektor des Deutschen Museums



Mittwoch, 10. Dezember 2014
Peutinger-Collegium
Jahresmitgliederversammlung

Alle Veranstaltungen im Hotel Bayerischer Hof/Palaishalle und Königssaal ab 18 Uhr, soweit nicht anders angegeben!
 Terminänderungen vorbehalten. Bitte zeitnahe Ankündigungen auf der Homepage www.peutinger-collegium.de beachten!

Impressum



Der
Peutinger

Bayerischer Monatsspiegel

Magazin
 für Politik,
 Wirtschaft,
 Wissenschaft
 und Kultur

Redaktion
 Peter Schmalz (Chefredakteur)
 Thomas Breitenfellner
 Michael Weiser
 Farchanter Straße 35
 D-81377 München
peter.schmalz@gmx.net
 Leserbriefe an die Redaktion

Herausgeber
 Dr. Marcus D. Ernst
 Präsident Peutinger-Collegium e.V.

Verlag/Gestaltung/Realisierung
 NBB Kommunikation GmbH
 Ridlerstraße 33
 80339 München

Anzeigen/Druckunterlagen
 NBB Kommunikation GmbH
 Ridlerstraße 33
 80339 München
 Tel.: +49 89 38 98 96-0
 Fax: +49 89 38 98 96-10
info@nbbkommunikation.de
www.nbbkommunikation.de

Druck
 FIBO Druck- und Verlags GmbH
 Fichtenstraße 8
 82061 Neuried
 Tel.: 089/30 79 97 0
info@fibodruck.de
www.fibodruck.de
 Bezugspreis ist im
 Mitgliedsbeitrag enthalten



Ist auf diesen Bräutigam Verlass? Noch während der Verhandlungen über ein Bündnis mit der Union lässt SPD-Chef Sigmar Gabriel seine Partei beschließen, künftig auch mit den Linken zu koalieren.

Schöne Bescherung

Während dieses Heft gedruckt wird, ist die Tinte unter dem Koalitionsvertrag gerade getrocknet, der Mitgliederentscheid der SPD aber noch nicht ausgezählt. Hängepartie zur Adventszeit. Stimmt die sozialdemokratische Frust-Basis zur allgemeinen Überraschung der Großen Koalition zu, kann SPD-Chef Gabriel frohgemut Weihnachten feiern: Parteivorsitz gerettet, SPD wieder in die Regierung geführt und auch noch rote Herzenswünsche wie Mindestlohn, doppelte Staatsbürgerschaft und Rente mit 63 erfüllt. Die Union hat Tafelsilber verscherbelt, aber Merkel bleibt Kanzlerin und CSU-Chef Seehofer darf sich stark fühlen: Maut und Mütterrente durchgesetzt, Betreuungsgeld gesichert. Ein bisschen Weihnachten überall, gezahlt wird später.

Zeigen aber die Mitglieder Gabriel die rote Karte, wird die Neujahrsansprache nicht von einer erneut wiedergewählten, sondern von einer weiterhin amtierenden Kanzlerin gehalten. Auch Westerwelle und Niebel überwintern im Amt. Merkel und Seehofer verhandeln mit den Grünen und schauen nach Hessen, wie's dort läuft. Kostspieliger als der schwarz-rote Vertrag kann ein schwarz-grüner kaum werden. Man wird sich wohl einigen, weil

alle Neuwahlen fürchten. Zudem können Union wie Grüne neue Machtoptionen prüfen.

Verweigert sich diesmal Rot, wird Deutschlands politische Farbenpalette bunter. Schwarz findet zu Grün, Rot zu Dunkelrot. Bewegen sich die Grünen dauerhaft ins bürgerliche Lager, oder erliegen sie doch bald rot-roten Verlockungen? Spätesten 2017 oder womöglich schon in zwei Jahren? Fragen, die kein Weihnachtsmann beantworten kann. Und da haben wir noch gar nicht über die wirklich großen Probleme gesprochen. Über den Europa-Frust, der nicht nur bei uns aufgeht wie Hefeteig. Oder über die längst nicht bewältigte Schulden- und Eurokrise.

Immerhin sind die allernächsten Aussichten erfreulich: Die Festtage liegen im Kalender günstig. Viel Zeit für Ruhe und Besinnung. Sogar für die Politik.

Ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr 2014 wünscht Ihnen

Peter Schmalz
Chefredakteur

Titelbild:

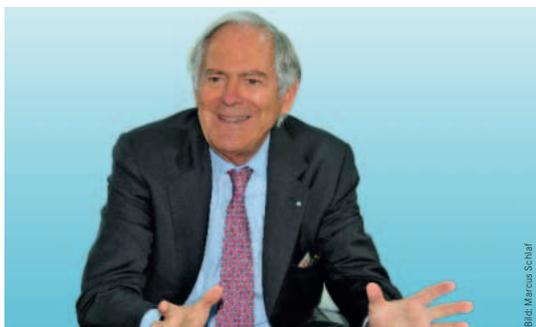
Vor dem stützenden Baseltitz-Adler in seinem Büro:
Roland Berger, fotografiert von Marcus Schlaf

AKTUELLES

Veranstaltungsvorschau 2013 / 2014 2
Vorwort 3
Kurz gemeldet 15
Buchbesprechungen 34

POLITIK UND WIRTSCHAFT

Theo Sommer
Partner-Dämmerung 5
 William E. Moeller
Traumjob 8



Peutinger-Interview mit Roland Bergerr
Teure Frühgeburt 10
Kurz gemeldet 15
 Marion Schick
Das Glück der Arbeit 16
 Hannes Burger
Die Not der roten Bayern 19



Symposium Made in Germany – Urbanisierung
Lockruf der Stadt 20
 Siegfried Balleis
Heimat der Kreativen 21
 Hugo Müller-Vogg
Satt sagt Nein 22
 Interview mit Paul Peters
„Wer in München etwas Großes braucht, kommt zu uns“ 30

POLITIK UND WIRTSCHAFT

Energiekonferenz – Teure Energiewende 32
Keine Rendite ohne Risiko 33

KULTUR



Alexander Schubert
Mega-Marke Löwe und Raute 23
 Jürgen Vocke
Allianz fürs Ehrenamt 26



Wolfgang Minaty
Augsburg in Paris 27
Buchbesprechungen 34

PEUTINGER-COLLEGIUM

Meldungen 35



Vortragsabende des Peutinger-Collegiums
Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel 36
Prof. Dr. Michael Hüther 36
Prof. Dr. h. c. Rudolf Mellinshoff 36
Symposium mit BMW:
Made in Germany – Urbanisierung 38
Prof. Dr. Hermann Scheuringer 38

Partner- Dämmerung

US-Lauschangriffe gefährden die Atlantische Allianz

Theo Sommer

Handygate und Merkelgate sind die Begriffe, die sich für das dreiste Abhören der Bundeskanzlerin durch die National Security Agency der USA eingebürgert haben. Doch diese Begriffe verniedlichen, verkürzen und bagatellisieren nicht bloß den Vorgang selber, sie verstellen auch den Blick auf die ungeheuerliche Dimension, die sich dahinter auftut: die Perspektive auf eine Welt, in der die Staatenlenker sich auf die Vertraulichkeit ihrer Kommunikation nicht mehr verlassen können und ihre Bürger sich einer geschützten Privatsphäre nicht mehr sicher sein dürfen. Es ist eine gläserne Welt, in der die fundamentalen bürgerlichen Rechte, wie sie der vierte Verfassungszusatz zur amerikanischen Verfassung, der Artikel 10 unseres Grundgesetzes und der Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtscharta garantieren, rücksichtslos ausgehebelt werden. Dieser beunruhigende Sachverhalt wirft grundsätzliche Fragen auf.

Zum einen: Kann eine Allianz, in der seit über einem halben Jahrhundert das gegenseitige Vertrauen der Verbündeten den Kitt des Zusammenhalts bildete, einen so brutalen Vertrauensbruch wie den von den amerikanischen Geheimdiensten begangenen und, geben wir uns da keinen Illusionen hin, vom Weißen Haus gebilligten, noch lange überleben?

Zum anderen: Kann und darf man da überhaupt noch von der „Wertegemeinschaft“ sprechen, der viel zitierten und gefeierten, ohne sich lächerlich zu machen? Oder müssen wir uns achselzuckend zu der Einsicht bequemen, dass die Dinge eben so sind, wie sie sind; dass Staaten Interessen haben, aber keine Freunde; und dass man sich am besten nicht so haben soll, wenn uns statt →



picture alliance / dpa

Merkel-Gate: Amerikanische Lauschohren spionierten auch das Handy der Bundeskanzlerin aus. Ein Affront unter Freunden.

der Mata Haris, Richard Sorges oder des cocktail-schlürfenden James Bonds mit Diplomatenpass gigantische Anlagen in Maryland und Utah ausspähen – oder elektronische Horchposten der US-Botschaft in der eigenen Hauptstadt.

Schließlich aber: Wie lässt sich überhaupt der Weg in den Überwachungsstaat und in die überwachte Gesellschaft versperren? Nicht nur gefährden ja Geheimdienste und andere Staatsorgane mit ihrem übersteigerten Sicherheitswahn unsere Demokratie – mit ihrer geschäftstüchtigen und profitsüchtigen Sammelwut verletzen darüber hinaus die großen IT-Konzerne wie Microsoft, Google, Facebook und Yahoo, arglos unterstützt von exhibitionistischen Nutzern, die Privat- und Intimsphäre eines jeden Einzelnen. Was tun, um beidem einen Riegel vorzuschieben: den Übergriffen des Staates und den Eingriffen der IT-Giganten?

Es wäre unsinnig zu bestreiten, dass Staaten einen geschützten Raum brauchen, in dem sie unabgehört *raisonnieren*, Handlungsoptionen abwägen und Entscheidungen fällen können – geschützt vor Feinden und neugierigen Freunden, aber auch vor Verfechtern der totalen Netzfreiheit und Transparenz, die alles wissen und in die Öffentlichkeit bringen wollen.

Das Recht, eine amtliche Intimsphäre zu wahren, wird man Regierungen ebenso wenig absprechen können wie das Recht auf Spionage. Allerdings muss in Demokratien beides einer unnachsichtigen parlamentarischen Kontrolle unterworfen bleiben, die Verfassungsmäßigkeit des Handelns in der amtlichen Intimsphäre und das Treiben der Geheimdienste. Niemand darf sich *legibus absolutus* wähnen, losgelöst von den Gesetzen.

Den Amerikanern machen die Europäer zu Recht den Vorwurf, dass sie gegen zwei Grundregeln verstoßen haben: sich an die eigene Verfassung zu halten, und Freunde von Feinden zu unterscheiden. Der vierte Zusatzartikel zur US-Konstitution sichert den Bürgern zu: „Das Recht auf Sicherheit der Person und der Wohnung, der Papiere und des Eigentums vor willkürlicher Durchsuchung und Beschlagnahmung darf nicht verletzt werden.“ Dagegen haben die 16 oder 17 amerikanischen Geheimdienste massenhaft verstoßen; die Empörung darüber wächst zusehends auch im amerikanischen Volk. Vor allem jedoch hat die NSA gegen die Anstandsregel versto-

Ben, Freunde und Verbündete nicht genauso zu behandeln wie Rivalen, Feinde und Gegner.

Es ist eine Sache, Leute elektronisch zu überwachen, die verdächtig sind, Beziehungen zum internationalen Terrorismus zu unterhalten – aber konnte der Bundeskanzlerin Affinität zum Terrorismus unterstellt werden? Eine andere Sache ist es, geopolitische Widersacher auszuspionieren – das tun sie alle, China und Russland zumal, und soweit wir können, wir wohl auch. Etwas ganz anderes ist es jedoch, die Kommunikation der Bundesgenossen mit einem erdumspannenden Staubsauger abzufischen, zu speichern und auszuwerten – und zwar nicht nur politisch relevante Fakten, sondern auch Wirtschaftsdaten, die dann womöglich den eigenen Unternehmen überlassen werden, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Das schiere Ausmaß der NSA-Schleppnetz-Ausforschung ist erschreckend. Die Agentur verzwang die EU-Botschaft in Washington, zapfte das Büro des UN-Generalsekretärs an und spionierte aus dem NATO-Hauptquartier in Brüssel die EU-Kommission aus. Sie sammelte, speicherte und sichtete riesige Datenberge in Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, in vielen asiatischen Ländern. Auf der Abhörliste des Präsidenten standen die Staats- und Regierungschefs von 35 Ländern, darunter Brasiliens Präsidentin Dilma Rouseff und der mexikanische Präsident Nieto, der Quay d'Orsay in Paris samt prominenten Geschäftsleuten, Politikern und Beamten, und anscheinend sogar der Vatikan. Rund um den Globus wurden 80 US-Vertretungen als digitale Spionagezentren missbraucht.

Hier ist etwas auf erschreckende Weise schief gelaufen. PRISM und andere data mining-Projekte sind zu einer krankhaften, paranoiden Perversion des Antiterrorismus geworden. Nur Toren können sich einbilden, dass das Abfangen von 100 Milliarden Datensätzen jeden Monat Amerika sicherer, beliebter und respektierter werden lässt in der Welt. Die Kostennutzenrechnung der Rundum-Schnüffelei – Wert der gewonnenen Informationen aufgerechnet gegen Beschädigung des amerikanischen Ansehens – macht einfach keinen Sinn.

Dies führt in der Tat zur Kernschmelze freiheitlicher Staatsordnungen. Zumal dann, wenn der US Supreme Court rechtsverdreherisch befindet, was jemand freiwillig übers Telefon an Außenstehende

weitergibt, falle per definitionem nicht mehr in die schutzbedürftige Privatsphäre; wenn auch ohne jeglichen Anfangsverdacht pauschal überwacht werden darf; und erst recht, wenn die richterliche Aufsichtsinstanz, der Foreign Service Surveillance Court, Überwachungsanträge bis auf wenige Ausnahmefälle blindlings durchwinkt. Gewaltenteilung? Sie funktioniert nicht mehr, wenn niemand die ausgreifende Eigendynamik der Dienste stoppt. Ein Wunder ist es daher nicht,

Die Münchner Sicherheitskonferenz wird 50 und bekommt höchsten Besuch: Bundespräsident Joachim Gauck wird am 31. Januar nächsten Jahres die dreitägige Konferenz eröffnen. Sie gilt weltweit als das bedeutendste Treffen zur internationalen Außen- und Sicherheitspolitik.

SiKo-Feier mit Gauck

Konferenzleiter Wolfgang Ischinger will drei große Themen in den Mittelpunkt der Diskussionen stellen: Cyber-Security im Lichte der NSA-Spionage, die künftigen weltpolitischen Rollen der USA und Europas auch im Blick auf die Zukunft der trans-

atlantischen Beziehungen sowie die künftige Rolle des Iran im arabischen Raum. Zu ihrem Jubiläumstreffen erwartet die Sicherheitskonferenz zahlreiche Regierungschefs und hochrangige Minister, darunter auch US-Außenminister John Kerry und seinen künftigen deutschen Kollegen.

dass Barack Obama in den Augen der Europäer inzwischen seinen einstigen Luster verloren hat. Seine Geheimdienste brechen mit der massenhaften Anzapfung und Abschöpfung der weltweiten Kommunikationsnetze eindeutig die europäischen Gesetze, abgesehen von allen Gesetzen des Anstands.

Der Effekt ist, dass Amerikas ohnehin angeschlagenes Ansehen weiter beschädigt, seine soft power vollends unterminiert wird. Schon Abu Ghraib, Guantanamo, waterboarding und extraordinary rendition, Folter also und außergesetzliche Verbringung von Verdächtigen in skrupellose Tortur-Länder, haben einen dunklen Schatten auf die Shining City on the Hill geworfen, das neue Jerusalem, zu dem sich Amerika selbstverliebt stilisiert hat. Die beiden Kriege im Irak und in Afghanistan, militärisch prekär gewonnen, politisch aber katastrophal verloren, und die Intervention in Libyen, aus dem Weißen Haus „von hinten“ ins Chaos gelenkt, haben Amerikas militärische Suprematie zu einem fadenscheinigen Anspruch werden lassen. Zudem hat die amerikanische Abart des ungebändigten Kapitalismus die Welt zweimal binnen eines einzigen Jahrzehnts in eine tiefe Wirtschaftskrise gerissen. Obendrein haben die Amerikaner durch die Funktionsunfähigkeit

Freiheit und Sicherheit wieder in Gleichgewicht bringen.

des politischen Systems, durch gridlock und Selbstblockade der staatlichen Institutionen ihr Recht verspielt, anderen Belehrung zu erteilen.

„Im Krieg gegen den transnationalen Terrorismus hat die Obama-Administration jedes Maß verloren“, schrieb jetzt die konservative *Frankfurter Allgemeine*. In *Le Monde* klagte der Abgeordnete Jean-Jacques Urvoas, ein angesehener Geheimdienstexperte: „Die Vereinigten Staaten haben keine Verbündeten, sie kennen nur Angriffsziele und Vasallen.“ Schon vorher hatte Timothy Garton Ash im *Guardian* gelästert: „Die Masse und der intime Charakter dessen, was die amtlichen Schnüffler und die IT-Unternehmen über uns wissen, übertreffen die feuchtesten Träume eines Stasi-Generals.“ In der Tat: Die Stasi konnte ihre Überwachungsergebnisse auf rund 48.000 Regalen unterbringen, die einen Berliner Straßenblock füllten; die NSA – Jahresbudget 10,8 Milliarden US-Dollar – bräuchte für die von ihren 35.000 Schreibtisch-Schnüfflern gesammelten Daten 42 Billionen Regale; sie würden die Fläche der USA 1,7 mal bedecken. Welch ein Irrsinn!

Es lässt sich nicht leugnen, dass die digitale Vorherrschaft der NSA die Atlantische Allianz in eine tiefe Krise gestürzt hat – zu einem Zeitpunkt, da die Nato ohnehin ihrer Bestimmung unsicher geworden ist. Was soll ihr Sinn und Zweck nach Afghanistan eigentlich sein, war schon seit einiger Zeit die Frage. Jetzt wird sie überlagert von der viel grundsätzlicheren Erwägung, ob für die Fortführung des Bündnisses die dafür unerlässliche Vertrauensbasis überhaupt noch besteht oder wiederhergestellt werden kann.

Doch Amerika und Europa werden einander auch in Zukunft brauchen. Daher wäre es töricht, aus reiner Empörung der Atlantischen Allianz den Rücken zu kehren. Die heraufdämmernde neue Weltordnung ist nicht von einer Art, die es einem erlaubte, auf Freunde, Partner und Bundesgenossen zu verzichten. Wohl aber ist es nicht nur erlaubt, sondern geboten, Freunde, Partner und Bundesgenossen zur Ordnung zu rufen, wenn sie mit ihrem Verhalten die Plattform der gemeinsamen Werte verlassen.

Barack Obama ist mit vertrauensbildenden Maßnahmen am Zug. Schwerlich ist eine ausdrückliche Entschuldigung von ihm zu erwarten. Eine ehrliche Darlegung der Fakten anstelle fortgesetzter Aufklärungsverweigerung ist jedoch überfällig, und als Zeichen des Bedauerns würde die Entlassung der für die maßlose NSA-Schnüffelei Verantwortlichen viel dazu beitragen, die Wogen wieder zu glätten. Zur Schadensbegrenzung gehört auch der baldige Abschluss des No-spy-Abkommens, das Deutsche und Franzosen federführend für die 28 EU-Staaten aushandeln sollen. Es müsste vielerlei verbürgen: dass man übereinander keine Spionagedaten sammelt und Führungspersonen in verbündeten Ländern nicht abgehört werden; dass diplomatische Vertretungen nicht als elektronische Spionagezentren benutzt werden; dass wirtschaftsbezogene Ausspähung unterbleibt und ökonomisch verwertbares geistiges Eigentum unantastbar bleibt; schließlich, dass die Partner allseitig die nationalen Gesetze der anderen achten. Und auf jeden Fall sollte ausgeschlossen werden, dass die NSA weiterhin an den Knotenpunkten der amerikanischen IT-Giganten die gesamte elektronische Kommunikation der Europäer abschöpfen kann.

Im übrigen werden sich die Amerikaner wohl oder übel damit abfinden müssen, dass die Europäer andere Maßnahmen ergreifen, um Transparenz zu schaffen und ihre Regierungsbereiche wie die Privatsphäre ihrer Bürger zu schützen. Vieles ist hier denkbar: endlich ein europäisches Datenschutzabkommen; „national routing“, das die angelsächsischen Kontrollstationen umgeht; ein EU-eigenes Web 3.0, das die Europäer vor den großen Ohren der amerikanischen Lauscher schützt; Beschleunigung des Galileo-Projekts, um unabhängig zu werden von dem GPS-System des Pentagons; Schließung verdächtiger US-Anlagen auf dem Kontinent; vor allem aber eine Aufrüstung der europäischen Fähigkeiten zu Abschreckung, Verteidigung und notfalls Angriff im Cyberspace. Technologische Souveränität zu gewinnen, wird die Lösung lauten. Es ist höchste Zeit, auf diesem Gebiet die viel beschworene, doch selten erreichte Augenhöhe zwischen Europa und Amerika herzustellen. Freiheit und Sicherheit müssen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.

Lawrence Fink, der Vorstandsvorsitzende von BlackRock, hat Amerikas Politikern unlängst ins Stammbuch geschrieben, wie sie ihr dysfunktionales politisches System reparieren können. Sein Ratschlag: „A return to good faith, civil deliberation and mutual respect“ Ohne solch eine Rückkehr zu bona fides, zivilisierter Abwägung und gegenseitigem Respekt wird auch die Atlantische Allianz nicht zu retten sein. ▲

„Das ist falsch, das ist Orwell“, kritisiert Hansjörg Geiger die NSA-Spionage. Der ehemalige Präsident beim BND und beim Bundesverfassungsschutz fordert einen internationalen „Intelligence Kodex“, der die Geheimdiensttätigkeiten zwischen befreundeten Staaten neu regelt.



Dr. Theo Sommer, 1930 in Konstanz geboren, war von 1973 bis 1992 Chefredakteur der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit*, danach bis 2000 deren Herausgeber und seither Editor-at-Large. Sommer ist auch Herausgeber der englischsprachigen Blätter *The Atlantic Times*, *The German Times*, *Asia-Pacific Times* und *African Times*, die im Berliner Verlagshaus Times Media erscheinen.

Traumjob

US-Generalkonsul: Enge Partnerschaft zwischen Bayern und Amerika

William E. Moeller

Ministerpräsidenten im Freistaat Bayern sagen gerne, ihr Amt sei das schönste der Welt. Ich kann das gut verstehen, denn auch ich kann nach gut einem Jahr als Generalkonsul in Bayern sagen: Dies ist ein absoluter Traumjob in unserem diplomatischen Dienst.



Mir imponiert die bayerische Lebensart, die auf einzigartige Weise Traditionsbewusstsein mit Fortschritt verknüpft. Bayern ist eine der schönsten Regionen der Welt mit atemberaubenden Landschaften und malerischen Dörfern. Das durfte ich schon erleben, als ich in den 80er Jahren als Fallschirmjäger in Bad Tölz stationiert war und jedes freie Wochenende am Brauneck auf Wanderwegen oder auf der Piste war. Und noch etwas Spezielles lernte ich damals zu schätzen: Wenn man als Fallschirmjäger aus einem einwandfrei funktionierenden Flugzeug ins Freie springen musste, dann waren der weiche Wiesenboden immerhin ein sanfter Landeplatz.

Der Freistaat nimmt aber auch immer mehr eine Spitzenposition ein, wenn es um Innovationen und Wirtschaftskraft geht. Das wissen auch unsere cleveren Unternehmer in den Vereinigten Staaten und kaufen immer mehr Güter aus Bayern. Davon profitieren vor allem die bayerischen Maschinen- und Anlagebauer. Mit insgesamt 16 Milliarden Euro sind die USA das Exportland Nummer 1 für Bayern. Vor allen anderen europäischen Ländern und auch noch deutlich vor China.

Leider aber sind wir nicht die Nummer 1 für die bayerischen Importe. Hier liegen wir momentan erst auf Platz 4 hinter Österreich, China und Italien. Da gibt es noch Luft nach oben, und das können wir nicht auf uns sitzen lassen. Wir arbeiten hart daran, dass die USA auch der wichtigste Einzelhandelspartner für Bayern werden.

Das Fundament der für beide Seiten so erfolgreichen wirtschaftlichen Partnerschaft ist die ausgeprägte Innovationskultur in Bayern und den USA. Sie ist der Motor unserer beiden Volkswirtschaften. Bei meinen Reisen durch den Freistaat beeindruckt mich immer wieder der mutige Pioniergeist und die große Schaffenskraft überall im Land. Immer wieder treffe ich mittelständische Unternehmen, die wenig bekannt, aber dennoch Weltmarktführer auf ihrem Spezialgebiet sind. Und in allen bayerischen Regionen sehe ich Solaranlagen auf den Dächern, dazu Windräder und Biogasanlagen. Auch unser Präsident Barack Obama engagiert sich für Erneuerbare Energien mehr, als vielen in Europa bewusst ist, doch dabei können wir noch viel von den Deutschen lernen.

Ein bekanntes Bonmot sagt „Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts“. Das ist ein gutes Lebensmotto für das moderne Bayern: Mit der stärksten Wirtschaftskraft in Deutschland und mit einer der stärksten in ganz Europa hat man einen stabilen Boden geschaffen, auf dem sich gut leben lässt. Es ist auch für mich als Amerikaner sehr beachtlich, dass Bayern nicht nur bei den ökonomischen Rankings fast überall vorne liegt, sondern auch bei Fragen nach der sozialen Gerechtigkeit. Nirgendwo in Deutschlands sind das Armutsrisiko so gering und die Jugendarbeitslosigkeit so niedrig wie zwischen Aschaffenburg und Berchtesgaden. Und kaum ein anderes Land



pflügt seine Traditionen so intensiv wie Bayern. Selbstverständlich mit dem Höhepunkt Oktoberfest, das viele Amerikaner als Bild im Kopf haben, wenn sie an Deutschland denken. Nicht umsonst ist Bayern das beliebteste Ziel der über 700.000 Touristen aus meinem Heimatland. Selbstverständlich lasse auch ich mir dieses großartige Volksfest nicht entgehen. Wir kamen im vergangene Jahr ja unmittelbar vor Beginn der Wiesen nach München und haben uns gleich entsprechend ausgerüstet: Meine Frau mit einem Dirndl und ich mit einer Wildbock-Lederhose.

Was mich bei meinen vielen Gesprächen mit Politikern und Unternehmer, mit Wissenschaftlern und Künstlern und mit allen anderen immer wieder tief berührt, ist die spürbare Verbundenheit der Bayern zu meiner Heimat. Die Älteren erinnern sich an die Amerikahäuser, in denen sie nach dem Krieg bis dahin unbekannte Literatur und Musik erlebten, die jüngeren schwärmen von ihrem Auslandsjahr in den Staaten. Da spürt man: Wir sind enge Partner.

Eine sehr frühe dieser engen Verbindungen feierte in diesem Jahr sogar ihr 330-jähriges Jubiläum. Sie geht auf Franz Daniel Pastorius aus dem fränkischen Winzerort Sommerhausen zurück. Am 20. August 1683 erreicht Pastorius nach mühevoller Reise amerikanischen Boden und gründete zwei Monate später die Stadt German-Town, in deren Stadtsiegel sich noch heute ein Weinstock befindet. Pastorius wurde zum Vorbild für die Pflege der deutsch-amerikanischen Freundschaft und er wird bei uns bis heute für seine standhafte christliche Handlungsweise geehrt. In Sommerhaus ist sein Geburtshaus der historische Teil des Weinguts von Artur Steinmann, dem fränkischen Weinbau-Präsidenten. Und in Washington findet man Pastorius in der Kuppel des Capitols neben den bedeutendsten Personen Amerikas. Dort oben kniet er, als besondere Würdigung seines Schaffens für Frieden und Freiheit in Amerika – vor Indianern.

Bayern und die USA haben eine stolze gemeinsame Vergangenheit und eine enge und vertrauensvolle Gegenwart. Diese für die Zukunft zu pflegen und weiter auszubauen, gehört zu den wunderbaren Aufgaben meines Traumjobs in Bayern. ▲

Hoher Besuch aus Berlin: US-Generalkonsul Bill Moeller (r.) und seine Frau Nancy begrüßen den neuen US-Botschafter John B. Emerson und dessen Frau Kimberly in München. Eine fröhliche Runde im Bayern-Look.

Glasklare Worte

„Ich verstehe den Unmut und die Bestürzung der Deutschen über die NSA-Affäre. Unser Botschafter John Emerson hat das in glasklaren Worten nach Washington so weitergegeben. Dort wird das sehr, sehr ernst genommen. Es haben Treffen auf höchster Regierungsebene zwischen Deutschland und den USA stattgefunden, mit den Chefs unserer beider Geheimdienste. Es gilt einen Konsens zu finden, wie wir weiterhin unsere Bürger vor Terroranschlägen und denjenigen, die uns schaden wollen schützen können. Gleichzeitig müssen wir auch den Schutz der Privatsphäre der Bürger sicherstellen. Letztendlich werden unsere transatlantischen Beziehungen gestärkt aus dieser Debatte hervorgehen.“

Generalkonsul William Moeller zum NSA-Abhörskandal.

Teure Frühgeburt

Die Rechnung für den Euro
müssen noch alle bezahlen –
Peutinger-Interview
mit Roland Berger

München-Schwabing, Highlight-Towers, 36. Stock: Roland Berger empfängt in seinem weiten gläsernen Büro. Hinter dem Schreibtisch stürzt ein Adler in Öl von Georg Baselitz in die Tiefe, davor schweift der Blick über die Stadt bis hin zu den Alpen. Grundfröhlich lächelt der erfolgsverwöhnte Unternehmensberater auch dann, wenn er mahnende Worte spricht. Die wirtschaftliche Kraft inmitten eines krisengeschüttelten Europas ist Deutschland nicht in den Schoß gefallen, meint Berger im Gespräch mit dem *Peutinger*. Früher als andere Länder waren die Deutschen bereit, Reformen durchzuführen und den Gürtel enger zu schnallen. Um diesen Erfolg zu sichern, muss das Land aber auf Reformkurs bleiben, „was im Moment leider nicht der Fall ist“. Der Euro ist zu früh gekommen, heute aber ist er alternativlos: „Scheitert der Euro, dann scheitert die Weltwirtschaft. Mit Roland Berger sprach Peter Schmalz.“

Der Peutinger: Herr Berger, Umfragen zeigen, dass die deutsche Jugend Leistung schätzt und Tugenden wie Disziplin, Respekt und Verantwortung hoch hält. Nix Null Bock. Was ist geschehen?

Roland Berger: Seit der Wiedervereinigung haben wir einen Generationenwandel erlebt. Die Schwierigkeiten, die die Einheit mit sich gebracht hat, und die relativ harten Reformen, die wir in Deutschland durchführen mussten, haben viele junge Leute erkennen lassen, dass man nur mit Engagement und Leistung etwas erreichen kann. Sie wissen, dass Demokratie, soziale Marktwirtschaft und Globalisierung zwar nicht immer perfekt, aber eben doch die Grundvoraussetzungen für persönliche Freiheit und wirtschaftlichen Erfolg sind. Hinzu kommen Verlässlichkeit und die Bereitschaft, Schwächeren zu helfen.

DP: Soziales Engagement ja, aber keines für die Politik. Das zeigt die Studie auch.

Berger: Das trifft nicht nur die Politik. Es ist eher eine Krise der Institutionen, egal ob von Kirchen, Gewerkschaften oder Arbeitgebern und Parteien. Ein Grund dafür liegt sicher darin, dass wir einen Mangel an Führungspersönlichkeiten erleben. Es fehlt an Menschen, die nicht nur ihre Aufgabe ordentlich erledigen, sondern die auch charakterlich Vorbild sind und überzeugend eine inspirierende Vision vermitteln können.

DP: Füllt die im September grandios bestätigte Bundeskanzlerin diese Rolle aus?

Berger: Angela Merkel füllt ihre Rolle sehr pragmatisch wie ein guter Manager aus. Sie ist derzeit ja auch ein ordentlicher Krisenmanager. Aber sie erscheint nicht als jemand, von dem große Inspirationen ausgehen. Visionär will sie schon gar nicht sein. Sie weiß genau, wer sie ist, und eine ihrer großen Leistungen liegt darin, ihre intellektuellen Fähigkeiten erfolgreich mit einem grundsoliden bescheidenen Auftritt einzusetzen. Ohne jede Show überzeugt sie die Staatsmänner der Welt und braucht auch kaum die Medien. Anders als ihr Vorgänger Gerhard Schröder.

DP: Zurück zur Jugend. Ein neues Schlagwort heißt Work-Life-Balance. Wächst da eine Generation heran, die Erfolg im Beruf mit

Freizeit und Entspannung besser verbinden kann als ihre Eltern und Großeltern?

Berger: Ja, wir leben ja auch auf einem ganz anderen Wohlstandsniveau. Heute ist Arbeit nicht mehr alles, zu einem erfüllten Leben gehört mehr. Persönliche Beziehungen, Freunde und Familie haben einen höheren Stellenwert, die Rolle der Frau hat sich verändert. Zudem kann Arbeit heute anders organisiert werden. Die elektronische Kommunikation erlaubt, auch mal zu Hause, also im Mobile-Office, zu arbeiten und so zum Beispiel neben der Arbeit noch flexibler auf die Kinder aufzupassen.

DP: Macht das einen Unternehmensberater zuversichtlich?

Berger: Zunächst einmal stimmt es mich als Mensch freudig, weil diese Entwicklung das persönliche Leben der Menschen bereichert. Als Berater sehe ich, dass alle Firmen dabei sind, ihre Arbeitsangebote flexibler zu gestalten. Allein bei BMW sind derzeit erfolgreich mehr als dreihundert Arbeitszeitmodelle im Einsatz. Unabhängig davon, dass die Unternehmen schon aus demographischen Gründen ihre Personalpolitik anders aufstellen müssen, wenn sie genügend fähige, engagierte Leute finden und binden wollen: alle haben verstanden, dass sie mehr auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen müssen. Einen Berater freut's, weil es Beratungsaufträge bringt. Es freut mich aber auch als jemand, dem daran liegt, dass es unserer Wirtschaft gut geht. Denn so wird es uns gelingen, mehr Menschen produktiv für unsere Wirtschaft und Gesellschaft zu mobilisieren, vor allem auch Frauen.

DP: Blicken wir auf das krisengeschüttelte Europa, dann befinden wir uns auf einem für uns erfreulichen Sonderweg. Wie lange hält dies noch an?

Berger: Sonderweg würde ich nicht sagen. Die gute Situation in Deutschland ist uns nicht in den Schoß gefallen. Sie ist das Ergebnis von Vielem, allem voran der Reform-Agenda der rot-grünen Regierung von Gerhard Schröder. Dazu kommt zweitens die Disziplin der deutschen Tarifpartner, nur in Maßen zu fordern und auch zu gewähren. Zum Dritten ist das Angebot unserer Unternehmen an Produkten und Dienstleistungen auf den Bedarf der heutigen Welt zugeschnitten. Es ist ein ideales und breit →

Prof. Dr. h.c. Roland Berger, 1937 in Berlin geboren, gründete 1968 in München das nach ihm benannte Beratungsunternehmen. Im Aufsichtsrat der heutigen Roland Berger Strategy Consult ist er Ehrenmitglied. Berger ist Berater nicht nur bei Firmen und Politikern, er wird auch in wichtige Kommissionen berufen. So in die „Oxford Martin Commission“, deren 19 kluge Köpfe aus Europa, Amerika, Asien und Afrika über weltweite Herausforderungen, wie Klimaschutz, Krebs oder Steuerflucht nachdenken und Lösungen vorschlagen.



„Wir müssen weiter auf Reformkurs bleiben, was im Moment leider nicht der Fall ist“: Roland Berger mahnt die Politik zu mehr Mut und weniger Spenderhosen. Das Bild in der Mitte zeigt den Unternehmer mit dem Baselitz-Bild „Stürzender Adler“, das hinter seinem Schreibtisch hängt.

aufgestelltes Portfolio, auch um Infrastruktur und Industrie in den Schwellenländern zu entwickeln. Vergessen wir aber nicht das soziale Klima im Land und die Tatsache, dass die Deutschen bereit waren, den Gürtel enger zu schnallen und sich damit, wenn es ernst wird, zu ihrem Staat und Gemeinwesen zu bekennen. Die Eurokrise zeigt, dass dies nicht in allen Ländern der Fall ist. In nicht wenigen Ländern misstrauen die Bürger – historisch begründet – dem Leistungsversprechen ihres Staates. Während wir erlebt haben, dass Kohäsion im Gemeinwesen jedem Einzelnen am Ende mehr bringt als reiner Egoismus.

DP: Ein großer Erfolg der Gründungsväter der Bundesrepublik, dass nach der politischen und moralischen Nazi-Katastrophe wieder ein Gemeinschaftsgefühl entstehen konnte.

Berger: Ja, aber das geht weit über die Bundesrepublik hinaus und umfasst die Integration Europas in der EU. Man vergisst immer wieder zu sagen, wie dankbar wir der Politik für dieses große Gemeinschaftswerk sein können. Etwa für die Tatsache, dass wir jetzt seit fast 70 Jahren in Frieden und Freiheit leben dürfen, in einer Demokratie mit marktwirtschaftlicher Ordnung, die es jedem ermöglicht, seinen Beruf frei zu wählen und sich zu verwirklichen – das alles war ja in Europa jahrhundertlang nicht selbstverständlich, ja eher die Ausnahme.

DP: Hans-Jochen Vogel sagt in Gedenkreden: Hätten einer nach dem Krieg vorhergesagt, was wir wenige Jahrzehnte später erreicht haben, wäre er für verrückt erklärt worden.

Berger: Es war eine beachtliche politische und moralische Leistung, bei der uns die Alliierten enorm geholfen haben. So konnte sich Deutschland nach 1945 zu einem nicht nur wirtschaftlich erfolgreichen, sondern auch wieder moralisch geachteten Mitspieler in dieser Welt entwickeln. Andere Nationen, wie zum Beispiel Japan, tun sich wesentlich schwerer damit, Gräueltaten einzugestehen und sich auch nur annähernd zu entschuldigen. Manche versuchen stattdessen noch zu rechtfertigen, was nicht zu rechtfertigen ist. Wir Deutschen haben auch materiell Entschädigung geleistet. Und das Bewusstsein, Verantwortung zu übernehmen, damit so etwas nie mehr vorkommt, hält uns heute noch gelegentlich davon ab, Führungsrollen zu übernehmen, die man uns von außen aufnötigen will.

DP: Der britische *Economist* hat kürzlich vom widerwilligen Hegemon geschrieben.

Berger: Das trifft wohl zu – und zwar aus gutem Grund.

DP: Hält der aktuelle Boom in Deutschland noch länger an, oder stehen uns womöglich bald biblische sieben magere Jahre bevor?

Berger: Die sieben mageren Jahre, von denen ich mal in einem Interview gesprochen habe, betreffen die Staaten, die bei schrumpfender Bevölkerung ökonomisch konsolidieren und Schulden zurückzahlen müssen, was ein langsames Wirtschaftswachstum zur Folge hat. Deutschland könnte davon ausgenommen sein, wenn wir zwei Bedingungen erfüllen. Zum einen müssen wir weiter auf Reformkurs bleiben, was im Moment leider nicht der Fall ist. Wenn man sich anschaut, wie die deutschen Lohn-Stück-Kosten in den letzten Jahren überproportional zu denen unserer europäischen Nachbarn gestiegen sind, dann drohen hier Gefahren. Nach wie vor gilt: In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister. Zweitens können wir dem Abwärtstrend trotzen, wenn uns immer etwas Neues einfällt. Aber nicht nur in den traditionellen Industrien wie Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemie. Diese Branchen, in denen Deutschland stark ist, werden zwar weiterhin eine große Rolle spielen, aber sie wandern zunehmend aus. Die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie etwa verliert heute global Marktanteile gegenüber China, weil die dortige Werkzeugmaschinenindustrie selber stark wächst und zu günstigeren Preisen anbietet. Es darf uns also nicht gleichgültig sein, wenn etwa die zukunftssträchtige Internetserviceindustrie mit Firmen wie Google und Amazon vor allem außerhalb Deutschlands stattfindet.

DP: Sie haben sich bisher immer sehr optimistisch über die Zukunft des Euro geäußert. Halten Sie ihn weiterhin für die starke Währung oder droht ihm mittel- und langfristig nicht doch Gefahr?

Berger: Nun ja. Vor der Einführung des Euro war ich sehr kritisch und habe damals auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die den Euro heute leider auch in die Krise gebracht haben. Auf der anderen Seite würde jetzt ein Austritt aus dem Euro ein ökonomisches Desaster mit unkalkulierbaren Ausstiegskosten bedeuten. Es gibt keinen orthodoxen Weg aus der Krise, etwa nach dem Motto: Der Süden spart sich tot und die Nordländer bleiben weiterhin solide und helfen gelegentlich mit ein paar Euro aus. Wir und alle Europäer werden so oder so die Rechnung für einen soliden zukunftsfähigen Euro bezahlen müssen.

DP: Professor Hans Werner Sinn meint, wir hätten bereits gezahlt, unter anderem durch die sogenannten Target2-Salden.

SPD-Politiker finden Gefallen am IWF-Vorschlag, Sparer und Immobilienbesitzer mit einer zehnpromzentigen Zwangsabgabe am Abbau der Staatsschulden zu beteiligen. Auf Dauer führe daran kein Weg vorbei, meint Norbert Walter-Borjans, NRW-Finanzminister, sein Magdeburger Kollege Jens Bullerjahn hält sie für „angemessen“.

Berger: Bislang haften wir nur! Unsere Exportüberschüsse, die unserer Bundesbank in Target2 als Forderungen zustehen, bekommen wir sowieso nur zum kleinsten Teil zurückbezahlt. Aber wie hoch unsere Verantwortung ist, den Euro, wie auch immer, über die Runden zu bringen, zeigt eine Zahl: 24 Prozent der Weltwährungsreserven werden heute in Euro gehalten, 700 Milliarden Euro allein in China. Scheitert der Euro, dann scheitert nicht nur Europa, wie Frau Merkel gesagt hat, dann scheitert die Weltwirtschaft.

DP: Also ist der Euro alternativlos?

Berger: Ja, heute er ist mit Sicherheit alternativlos.

DP: Die Verantwortung für die Rettung des Euro liegt aber nicht nur bei denen, die zur Hilfe eilen sollen.

Berger: Das ist ganz entscheidend, denn Solidarität zur Rettung des Euro kann natürlich nicht nur die betreffen, die möglicherweise zahlen. Es ist auch eine Frage der Solidarität, dass Griechen und Italiener, Spanier und Portugiesen, aber auch die Franzosen, die notwendigen und von ihnen versprochenen Reformen tatsächlich durchführen. Dass sie selber Opfer bringen, um wieder auf die Beine zu kommen, nachdem sie vorher acht Jahre lang mit dem Euro über ihre Verhältnisse gelebt haben, während die Deutschen in dieser Zeit mit sinkenden Reallöhnen zurecht kommen musste.

DP: Der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger hat eine deprimierende Analyse über den Zustand Europas gegeben: Es sei ein Sanierungsfall, Bulgarien, Rumänien und Italien seien kaum regierbar, Frankreich null vorbereitet auf das, was notwendig ist. Das klingt ja nicht danach, als könnte geschehen, was Sie zur Überwindung der Euro-Krise fordern.

Berger: Es bedarf wohl gelegentlich solcher Weckrufe, damit man sich wieder darauf besinnt, was nicht optimal läuft. Andererseits war das Projekt der europäischen Integration von Anfang an ein Trial-and-Error-Prozess mit Auf und Abs. Und das wird auch so weiter gehen. Wir müssen mit den unterschiedlichen Mentalitäten der Europäer leben und umgehen. Rückblickend gesehen war der Euro möglicherweise die falsche Maßnahme zur falschen Zeit, weil wir noch nicht zu so einheitlichem Verhalten bereit waren, wie es eine gemeinsame Währung erfordert hätte. Da aber der Weg aus dem Euro zu teuer wäre, müssen wir jetzt die Kosten gemeinsam tragen, um die Währung zu erhalten. Europa wäre besser gefahren, wenn es sich erst wirtschaftlich und finanzpolitisch weiter integriert hätte, die Funktionsfähigkeit seiner Institutionen gestärkt und damit auch ihre Glaubwürdigkeit und Legitimität gegenüber dem Bürger erhöht hätte. Zum Beispiel auch, damit bei der nächsten Europawahl einmal 60 Prozent der Wähler abstimmen, und nicht nur 40 oder wie in manchen Ländern gar nur 30 Prozent.

DP: In Deutschland hat SPD-Kanzler Schröder die Agenda 2010 durchgesetzt, Sie haben ihn damals

beraten. Die Agenda hat seine Partei fast zerrissen und ihn die Kanzlerschaft gekostet. Sehen Sie heute in der Politik die Stärke und Kraft, eine solche Anstrengung nochmals zu bewältigen?

Berger: Es braucht immer dreierlei. Erstens eine objektive Notlage. Zweitens eine Mehrheit, die einseht, dass nur Verzicht und radikale Veränderungen aus der Not herausführen. Und drittens einen Politiker, der den Menschen glaubwürdig und mutig den Weg zeigt, ohne primär an den Erhalt seiner persönlichen Macht zu denken.

DP: Das Ergebnis hat Gerhard Schröder erlebt.

Berger: Ja, das hat er erlebt. Und es ist seine große Leistung, in einer Notlage so mutig gehandelt zu haben. Damals gab es 5,5 Millionen Arbeitslose, die Menschen waren relativ ärmer geworden und Deutschland hatte als „kranker Mann Europas“ im Ausland an Einfluss verloren. Das hat er erkannt. Doch obwohl im Volk die Bereitschaft zu Reformen vorhanden war und auch die Wirtschaft und der Großteil der Gewerkschaften diese mitgetragen haben, hat es nicht zu seiner Wiederwahl gereicht.

DP: Kann Schröders Agenda heute Vorbild sein für Europa?

Berger: Jedes Land muss seinen eigenen Reformweg definieren, weil jedes Land spezifische Schwächen hat. Aber die Grundsätze seiner Agenda, nämlich die Unternehmen zu entlasten, damit sie sich freier bewegen können, den Wohlfahrtsstaat zurückzufahren, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren, mit den Gewerkschaften im Konsens eine längere Lohnpause einzulegen – all das wäre schon ein Vorbild für die anderen europäischen Länder. Wobei manches ja schon angefasst wird...

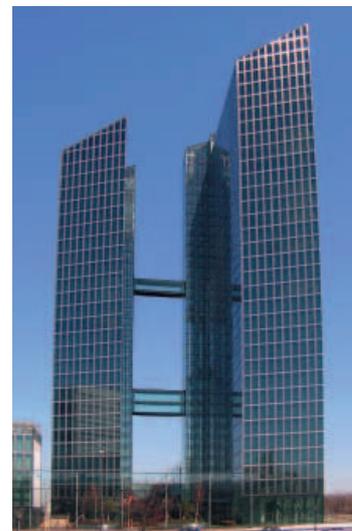
DP: ... aber mit ganz spitzen Fingern.

Berger: In Spanien zum Beispiel wird durchaus radikaler zugewagt. Ein Hauptproblem dieser Länder besteht ja darin, dass dort keine echte Wettbewerbswirtschaft existiert. Dort gibt es immer noch viele privilegierte Berufe und Wirtschaftszweige. Zum Beispiel fehlt ein freier Einzelhandel in Italien, ein freies Transportgewerbe in Griechenland. Dafür gibt es dort eine Reihe von Privilegien, die in Deutschland längst abgeschafft sind. Eine der größten Taten von Gerhard Schröder geht immer unter, weil sie von den wenigsten Leuten verstanden wird: Er hat für Unternehmen die Steuer auf Kapitalgewinne, die sie durch Verkauf von Beteiligungen erzielt haben, auf Null reduziert. Dadurch wurde praktisch die Deutschland AG aufgelöst. Die Deutsche Bank etwa, die früher überall gegenwärtig war, hat all ihre Beteiligungen verkauft und so die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie erst ermöglicht.

DP: Wagen Sie eine Prognose, wie lange die Krise noch andauern wird?

Berger: Eher sieben als drei Jahre. Diese Zeit braucht es, um die notwendigen Reformen umzusetzen, das Durchwursteln zu beenden und die Schulden auch bei langsamerem →

Mit der 2008 gegründeten Roland Berger Stiftung unterstützt Berger begabte. Leistungswillige und verantwortungsbereite Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien.



Büros in luftiger Höhe: Bergers Consulting-Firma residiert nicht mehr lange in den 136 Meter hohen High-Light-Towers im nördlichen Schwabing. Man sucht einen neuen Standort.

Wirtschaftswachstum zu konsolidieren. Und das betrifft auch Deutschland: Auch wir haben 1992 den Maastricht-Vertrag unterzeichnet, der die öffentliche Verschuldung auf 60 Prozent begrenzt. Die unsere liegt mittlerweile aber bei knapp 80 Prozent. Die überzähligen 20 Prozent bedeuten beinahe 500 Milliarden Euro. Allein diese Summe zurückzuführen, erfordert mindestens zwei Jahrzehnte mit Wirtschaftswachstum und ohne neue Schulden. Ob und wie uns das gelingt, muss man erst mal sehen. Und das, obwohl wir ja angeblich die Vorbildeuropäer sind. Jetzt können Sie sich vorstellen, wie lange es in Italien dauert, von 130 Prozent herunterzukommen. Von Griechenland ganz zu schweigen.

DP: Herr Berger, Sie reisen seit Jahrzehnten wie kaum ein Zweiter durch die Welt, kennen fast jeden Winkel. Wie werden Sie da wahrgenommen? Als erfolgreicher deutscher Unternehmensberater oder als Europäer?

Berger: Ich glaube, als Europäer, der die Fähigkeit hat, sich gut auf andere – chinesische wie brasi-



Moderne Kunst und ein phantastischer Blick über München: Roland Berger in seinem Büro im Gespräch mit *Peutinger*-Chefredakteur Peter Schmalz.

lianische – Kulturen und Geschäftsgewohnheiten einzulassen. Aber dem die Tatsache nützt, dass er Deutscher ist, weil man bei ihm typisch deutsche Tugenden wie Verlässlichkeit, Qualität und Professionalität auch in seiner Arbeit vermutet. Das ist eine ganz gute Mischung.

DP: Der chinesische Ministerpräsident war in diesem Jahr bei seinem Europabesuch außer in der Schweiz nur noch in Deutschland. Ein Beleg dafür, dass Deutschland auch ohne Europa in der Welt stark wahrgenommen wird?

Berger: Ja sicher. Deutschland gilt heute in der Welt als eine Adresse, die man berücksichtigen muss. Auch über seine Wirtschaftskraft hinaus wird es als führende Nation in Europa wahrgenommen. Selbst wenn wir dem Wunsch, in Europa Führung auszuüben, wenn überhaupt, nur sehr zurückhaltend entsprechen. Aber die Erwartungen, die europäischen Verhältnisse so zu gestalten, dass ganz Europa wieder wettbewerbsfähig wird und eine kraftvolle Rolle spielen kann, konzentrieren sich auf Deutschlands Rolle.

DP: Sie haben als Kind den Krieg erlebt, danach Not und Aufstieg, Sie waren in der Welt unterwegs und haben viele verschiedene Gesellschaften gese-

hen. Wie gerecht empfinden Sie Deutschland vor diesem Hintergrund?

Berger: Ich empfinde Deutschland immer noch als vergleichsweise sehr gerecht. Dafür gibt es ja objektiv Maßstäbe wie den berühmten Gini-Index, der die Ungleichheit misst. Hier schneidet Deutschland sehr viel besser ab, als selbst Länder wie Japan, von der angelsächsischen Welt und den Schwellenländern ganz abgesehen. Dennoch ist in Deutschland in den Jahren bis zur Finanzkrise die Schere zwischen Arm und Reich aufgegangen. Soweit jedoch objektive Zahlen vorliegen, zeigen sie, dass sich diese Schere seit 2009 wieder schließt, sowohl beim Einkommen wie bei der Vermögensverteilung. Objektiv nimmt der Unterschied zwischen Arm und Reich also offenbar wieder ab.

DP: Das bringt aber keine Schlagzeile.

Berger: Nein, aber es ist wichtig für die Deutschen und vor allem für die neue Koalition, das zur Kenntnis zu nehmen. Denn es zeigt auch, dass beide Teile des Begriffs soziale Marktwirtschaft – „sozial“ und „Marktwirtschaft“ – hierzulande funktionieren. Es zeigt auch, dass die überwiegende Mehrheit der Unternehmer in sehr verantwortlicher Weise für ihre Arbeitnehmer wie auch für die Gesellschaft handelt. Last but not least werden in Deutschland, von ein paar bedauerlichen Ausnahmen abgesehen, alle Steuern bezahlt.

DP: Haben Sie mal die Lust verspürt, in einem anderen Land zu leben?

Berger: Bis zum 30. oder 35. Lebensjahr wollte in meiner Generation wohl fast jeder lieber in Amerika als in Deutschland leben. Aber auf die Idee käme ich heute nicht mehr. Nein, es gibt kein Land, in dem ich so gerne leben würde wie in Deutschland. Einfach weil ich glaube, dass wir das richtige Maß gefunden haben zwischen Freiheit und Ordnung, Wohlstand und sozialer Verantwortung.

DP: Das klingt nach der Insel der Seligen...

Berger: ...ist es aber leider nicht. Unter den Dingen, die bei uns nicht funktionieren, regt mich am meisten die Chancenungleichheit in der Bildung auf. Vor allem die Tatsache, dass ein Akademiker-Kind sechsmal höhere Chancen hat, zum Abitur und damit zum Studium zu kommen, als ein Nichtakademiker-Kind. Hieran müssen wir aus Gründen der Gerechtigkeit arbeiten, aber auch aus der schlichten Erkenntnis heraus, dass unser Volk es sich nicht mehr leisten kann, auch nur ein Talent zu verlieren. Auf dieses Thema konzentriert sich die Arbeit meiner Stiftung. Wir haben zum Beispiel kürzlich mit der Bayerischen Staatsregierung vereinbart, dass die Roland Berger Stiftung gemeinsam mit der Staatsregierung in zwei, drei Schulen sogenannte Profilklassen anbietet und später ganze Schulen gründet, die begabte Kinder aus sozial benachteiligten, sogenannten bildungsfernen Elternhäusern bis zum Abitur fördern. Das kann ein kleiner Beitrag dazu sein, für Chancengerechtigkeit zu sorgen. Denn hier haben wir den höchsten Nachholbedarf. ▲

Kurz gemeldet

China forscht

Bayerns Verbindungen nach China haben schon die Wittelsbacher gepflegt, Franz Josef Strauß hat das Tor zum modernen China aufgestoßen, inzwischen reisen Brautpaare aus Peking zur Hochzeit nach Neuschwanstein. Weniger bekannt war bisher jedoch, dass chinesische Unternehmer den Freistaat als idealen Standort für ihre Forschungs- und Entwicklungsabteilungen entdeckt haben. Das ist ein Trend, den das bayerische Wirtschaftsministerium und die Ansiedlungsagentur Invest in Bayern seit geraumer Zeit beobachten. Nach einer Untersuchung bei 50 chinesischen Unternehmen war ihr Einstieg in Bayern verbunden mit der Erwartung, Zugang zu Hochtechnologie zu bekommen. Wobei allerdings nicht der Brain-Train nach China im Vordergrund stand: Drei von vier Investoren bauten die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in Bayern aus. Wie beispielsweise der Großkonzern Huawei, der im Münchner Norden den Hauptsitz seines European Research Center mit über 100 Forschern angesiedelt hat. ■



Wohl bekomm's

Der „Osteria d'Italia“ ist längst legendär unter Liebhabern einer bodenständigen italienischen Küche, die sich nach den drei Kriterien von Slow Food hält: Gut, sauber und fair. Dazu mit regionalen Produkten und zu bezahlbaren Preisen. In seinen nunmehr 20 Jahren ist der kulinarische Pfadfinder auf 1700 Adressen angewachsen. Immerhin 300 Gasthäusern listet der „Genussführer Deutschland 2014“ auf, der kürzlich, von Slow Food herausgegeben, im Münchner Oekom-Verlag erschienen ist (344 S., 19,95 €). Über 400 ehrenamtliche Tester haben nach Küchen geschnüffelt, die frische, saisonale Produkte aus der Region verwenden und auf Aromastoffe und Geschmacksverstärker verzichten. Anders als bei Sternen- und Haubenjägern wird auch auf den Preis geachtet: Möglichst weniger als 20 Euro. „Wir wollen, dass die ganze Familie gut essen kann, ohne gleich den halben Monatslohn zu verzehren“, meint der Münchner Genussführer-Initiator Wieland Schürch. Noch gibt es auf der deutschen Slow-Food-Karte viele weiße Flecken, aber der erste Band ist eben nur der erste Schritt, die Tester verkosten sich weiter in die Regionen vor. Und überzeugen damit hoffentlich immer mehr Wirte, auf Tütensoßen zu verzichten. ■



Stoibers Kunst-Werkstatt

Die Erinnerung an die 14jährige Regierungszeit von Ministerpräsident Edmund Stoiber ist geprägt von Vokabeln wie Effizienz, High-Tech, Reformen. Da war aber doch noch mehr, meint Kurt Faltlhauser (Bild), elf Jahre lang Finanzminister bei Stoiber, und schrieb einen voluminösen „Werkstattbericht“ nieder, in dem es ausschließlich um staatliche Bauten für die Kunst geht. Als Chef über Bayerns Finanzen war er zugleich auch Herr der Schlösser, die in seiner Amtszeit rege saniert und aufgehübscht wurden. Nun aber berichtet Faltlhauser nach intensiver Recherche auch in den Archiven detailliert über neue große Kunstbauten, von der Pinakothek der Moderne in München über das Museum Buchheim am Starnberger See bis zum Museum Georg Schäfer in Schweinfurt. Besonders eindrucksvoll schildert er die harten Verhandlungen mit dem kompromisslosen Sammler und Stifter Brandhorst, die immerhin zum viel beachteten Brandhorst-Museum führten. Das 488-Seiten-Buch (Kurt Faltlhauser: Bauen für die Kunst – Ein Werkstattbericht aus der Ära Stoiber, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg, 32 €) wird wohl kein Bestseller, aber es ist, wie die *Süddeutsche Zeitung* formuliert, „ein bemerkenswertes zeitgeschichtliches Nachschlagewerk“. ■



Denkste:

„Eine Frau, die regelmäßig Auto fährt, bringt ihre Gesundheit und die ihrer neugeborenen Kinder in Gefahr. Die Körperhaltung beim Autofahren drückt das Becken nach oben und kann die Eierstöcke spontan schädigen.“ *Der bis dahin unbekannte saudische Scheich Saleh bin Saad al Lehaydan zu den Gründen, weshalb in Saudi-Arabien als einzigem Land der Welt Frauen verboten ist, am Steuer eines Autos zu sitzen.* ■



Das Glück der Arbeit

Arbeit ist mehr als nur die Unterbrechung
der Freizeit – Ein aufschlussreicher
Blick in die Bayerische
Verfassung

Marion Schick

Die Bayerische Verfassung fordert auf, junge Menschen zur Selbstbeherrschung zu erziehen, zu Verantwortungsbewusstsein und zum Beitrag am Gemeinwohl. Sie sollen wissen, dass es nicht darum geht, alleine das eigene Leben glücklich zu gestalten, sondern einen Beitrag für die Gemeinschaft zu leisten. Das ist eine mutige Aussage, wie wir sie heute lange suchen müssen. Wir leben in der Zeit der Generation Y, wir sprechen davon, was Unternehmen jungen Menschen bieten müssen, damit sie überhaupt eine Arbeit aufnehmen. Diese Feststellung mag manchen schockieren, aber sie ist die Realität in den Personalabteilungen.

In Bayern gehen ungefähr 4,8 Millionen Menschen einer bezahlten Erwerbsarbeit nach. Sie alle wollen sich geschützt und beschützt fühlen. Auch hier lohnt ein Blick in die Verfassung. In Artikel 166 findet sich eine unvergleichliche und mutige Aussage, wie sie so mit Sicherheit nicht anderswo zu finden ist: „Die Arbeit ist die Quelle des Volkswohlstandes und steht unter dem besonderen Schutze des Staates. Jedermann hat das Recht, sich durch Arbeit eine auskömmliche Existenz zu schaffen. Er hat das Recht und die Pflicht, eine seinen Anlagen und seiner Ausbildung entsprechende Arbeit im Dienste der Allgemeinheit nach näherer Bestimmung der Gesetze zu wählen.“

Bayern ist eines der wenigen Länder, die dieses Recht des Einzelnen auf eine auskömmliche Existenz auch tatsächlich umzusetzen vermögen. Auch das ist unvergleichlich. Wenn es in Bayern so gut wie keine Jugendarbeitslosigkeit gibt, dann ist das ein besonders hohes Gut. In unseren europäischen Nachbarländern ist sie beängstigend hoch, in Spanien liegt sie bei 50 Prozent, in Griechenland noch höher. Das bedeutet: Jeder zweite Jugendliche hat dort keine Chance, in ein Leben einzutreten, das sich über Arbeit definiert. Dagegen gibt es in Bayern nur noch eine statistische Restgröße von Jugendarbeitslosigkeit.

In-
dem er
Gelegenheit
zur Arbeit gibt,
setzt der Freistaat Bayern sein Versprechen aus der Verfassung ebenso wie die Pflicht, die er seinen Bürgerinnen und Bürgern abnimmt, um. Das ist gelebte Verfassungsrealität in bestem Sinne. Das ist Fürsorgepflicht auf einem zentralen Feld für erfüllte Lebensführung, nämlich der Arbeit. Doch die aktuellen Diskussionen und die Medien wollen uns einen anderen Eindruck vermitteln. Dort wird Arbeit oft als etwas gezeigt, das uns von unserem eigentlichen Lebenszweck abhält. Nämlich die Freizeit vielfältig zu organisieren oder eine Work-Life-Balance zu etablieren, bei der vor allem „Life“ im Mittelpunkt steht. Arbeit wird in der öffentlichen Diskussion zu häufig in

Verbindung gebracht mit Beschweris, Stress und Belastung. Weniger aber lesen und hören wir davon,

das Arbeit
sinnstiftend
ist und so-
gar Freude
macht.

Dabei spre-
chen die Fak-
ten eine ganz
klare Sprache. In

den letzten Jahrzehnten
haben wir eine beeindruckende
Entwicklung erlebt. Mussten
1960 erwerbstätige Männer noch
durchschnittlich 47,5 Stunden in
der Woche arbeiten, liegt diese Wo-
chenarbeitszeit in Deutschland heute
bei 36,7 Stunden. Wir haben eine sta-
bile 5-Tage-Woche und wir genießen
durch die moderne Technik fantastische
Möglichkeiten, Arbeit vielfach nicht nur
in einem Büro, sondern auch an jedem
beliebigen Ort zu leisten. Das eröffnet ganz
neue Möglichkeiten der Kombination von
Arbeit und Privatleben.

Trotzdem diskutieren wir darüber, dass
Arbeit stört. Wir reden mittlerweile
über einen ganz konkreten Stressfak-
tor für unser Leben, der auf die tägliche
Arbeit zurückgeführt wird. Aber Stress
im Alltag hat mit Sicherheit auch viel
damit zu tun, wie Menschen heute Frei-
zeit verstehen. Die Gesellschaft für Kons-
umforschung hat herausgefunden, dass jeder
Deutsche im Schnitt 27 verschiedenen Freizeit-
beschäftigungen nachgeht und sich dafür täglich im
Schnitt 4 Stunden und 3 Minuten Zeit nimmt. Und
trotzdem sagt jeder dritte Deutsche, dass er gerne
mehr Zeit für sich hätte.

Das Empfinden, unter Druck und Zeitnot zu stehen,
wird selbstverständlich auch durch die moderne
Technik verursacht. Vor allem die Digitalisierung
setzt sich in ungekannter Geschwindigkeit weiter
fort. Nach einer jüngsten Studie wird es 2018 in
Westeuropa statt normaler Handys nur noch ständig
vernetzte Smartphones geben. Das Datenvolumen im
deutschen Mobilfunk beträgt heute schon 93 Millio-
nen Gigabyte. Eine unvorstellbare Datenmenge, für
die jeder bayerische Bürger an jedem Tag des Jahres
67-mal die Bayerische Verfassung per E-Mail von sei-
nem Handy aus verschicken könnte.

Die ständige Erreichbarkeit hat ungezählte Vorteile
im Beruf wie im Privatleben. Man schätzt den Hei-
zungsmonteur, der über Handy auch in einer eisigen
Samstagsnacht zur Hilfe gerufen werden kann. Und
gerade Frauen fühlen sich erleichtert, wenn sie über
mobile Netze auch vom Arbeitsplatz aus die Familie
im Blick haben können. Dennoch: Der ständigen →

**Arbeit wird in der
öffentlichen Diskus-
sion zu häufig in Ver-
bindung gebracht mit
Beschweris, Stress
und Belastung.**



Prof. Dr. Marion Schick, 1958 in Schrobenhausen geboren, ist Personalvorstand der Deutschen Telekom AG. Die promovierte Pädagogin war Präsidentin der Münchner Fachhochschule, Vorsitzende der Rektorenkonferenz der Bayerischen Fachhochschulen, Vorstandsmitglied des Fraunhofer Instituts und Ministerin für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg.

Erreichbarkeit müssen auch Grenzen gesetzt werden. Wochenende, Freizeit und Urlaub dürfen nicht beliebig durch Anrufe, E-Mails oder SMS gestört werden. Wir haben bei der Deutschen Telekom frühzeitig in einer Richtlinie festgelegt, dass die Pflicht der Erreichbarkeit am späten Freitagnachmittag endet. Die Führungskräfte mussten sich als Erste an diese Richtlinie halten, denn sie bestimmen mit ihrem Verhalten die Standards und zeigen so ihren Mitarbeiter, was erlaubt und was gewünscht ist. Wenn kürzlich das Bundesarbeitsministerium für seine Mitarbeiter ebenfalls klare Regeln für die Erreichbarkeit in der Freizeit beschlossen hat, dann ist dies ein wichtiges Signal für alle Arbeitgeber.

Unbestreitbar nimmt die Arbeitsbelastung insgesamt zu. Gerade in Bayern mit seinem hohen Exportanteil von weit über 50 Prozent, zwingt die internationale Verknüpfung dazu, schnell zu agieren oder erreichbar zu sein. Ein exportorientiertes Unternehmen kann nicht um 17 Uhr die Arbeit beenden, wenn die Amerikaner von der Westküste gerade erst beginnen. Für Telefonkonferenzen muss eine Zeit gefunden werden, in der Asiaten wie Amerikaner und Europäer gleichzeitig anwesend sind.

Die moderne Kommunikationstechnik liefert die Möglichkeiten dazu. Sie hilft uns in vielen Feldern genau diese Internationalisierung zu leben, daher bringt uns eine Verdammung der Technik als Teufelszeug nicht weiter.

Zum großen Thema Arbeit bietet die Bayerische Verfassung interessante, oft überraschende Aspekte, wie den bereits erwähnten Satz: „Die Arbeit ist die Quelle des Volkswohls.“ Der Volkswohlstand wird immer wieder neu erarbeitet, jeden Tag von dieser Generation und von der nächsten Generation, der sogenannten Generation Y. Man sagt gerade der jungen Generation nach, dass sie nicht mehr so viel Verantwortung übernehmen will und dass sie familiäre Interessen oder individuelle Interessen vor das Erreichen von gemeinschaftlichen Interessen stellen würde. Aber fest steht auch: Diese Generation Y leistet schon heute einen wichtigen Beitrag zum Volkswohlstand und wird dies auch die nächsten Jahrzehnte tun. Umso wichtiger ist es, einen Begriff wie Volkswohlstand laut zu sagen und zu zitieren, auch wenn das manchen irritieren mag. Wenn wir Volkswohlstand aber erklären, dann werden junge Menschen sehr schnell verstehen, welchen Beitrag sie dazu leisten.

Arbeit ist ein wesentlicher Beitrag zum Volkswohlstand, aber vor allem auch zum ganz persönlichen Glück von Menschen. Die OECD hat in einer Untersuchung festgestellt, dass die glücklichsten Menschen diejenigen sind, die einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Die Frage ist natürlich, inwieweit das überhaupt messbar ist. Fest steht jedenfalls: Psychologisch gesehen hat der Verlust eines Arbeitsplatzes die gleiche Wirkung wie der Tod eines nahen Angehörigen. Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, kommen in eine besondere Stresssituation. Denn nach wie vor definieren wir uns über Arbeit und drücken uns selbst über Arbeit aus. Zudem ist Arbeit die Chance, eine auskömmliche Existenz zu schaffen. Zugegeben: Arbeit hindert uns manchmal daran, die Lieblingssendung im Fernsehen rechtzeitig zu sehen. Aber nicht zuletzt können wir in der Arbeit unser Herz und unseren Charakter einbringen und damit die Welt ein wenig verändern. Wer von einem Kellner bedient wird, der seine Arbeit liebt, dem schmeckt das Essen besser. Menschen, die ihre Arbeit mit Liebe tun, tragen ein Stück Licht und Glück in die Gemeinschaft hinein, was weit über das Innehaben einer Arbeitsstelle hinausgeht.

Deswegen ist die Aussage zur Arbeit in der Bayerischen Verfassung, wonach es nicht ausreicht, Wissen und Können zu vermitteln, sondern auch Herz und Charakter zu bilden, so bewundernswert. So kann die Bayerische Verfassung stete Anregung und stete Mahnung sein, Arbeit wertzuschätzen. Und wir dürfen ruhig auch einmal sagen: „Ich gehe gerne in die Arbeit.“ Wir sollten jungen Menschen auch vermitteln, dass Arbeit nicht nur das ist, was sie von einem frühen Feierabend abhält, sondern dass Arbeit ein Leben erfüllend macht und die Gesellschaft ein Stück voran bringt. ▲



LBS-Bausparen für Kommunen

Dauerhaft günstige Zinsen, planbar und flexibel!



**Die wirtschaftlich sinnvolle
Finanzierungsalternative.**

www.lbs-bayern.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

Sparkassen-Finanzgruppe

Die Not der roten Bayern

Wahlergebnisse wie schon vor hundert Jahren

Hannes Burger

Groß war der Jubel in der SPD, und die Medien berichteten aus ihren Vorurteilen heraus sogar europaweit über das Wunder im „finsternen Bayerischen Wald“: 2008 wurde ein erst 23 Jahre junger, evangelischer und schwuler Sozialdemokrat zum Bürgermeister in Bodenmais gewählt. Als Michael Adam drei Jahre später gar Landrat von Regen wurde, schien der neue rote Hoffnungsträger im schwarzen Bayern geboren. Einer, der mit 27 Jahren Deutschlands jüngster Landrat war. Doch der Roten Freude währte nur kurz und auch der Senkrechstarter geriet in gefährlichen Sturzflug.

Adam, bald in Bezirks- und Landesvorstand seiner Partei gewählt, legte diese Ämter ebenso rasch wieder nieder und verband dies mit Kritik am Landesvorsitzenden Florian Pronold und an dessen Führungsstil unter lauter „Ja-Sagern“: Funktionäre fern der Bedürfnisse der Bürger in einem „nicht wählbaren Landesvorstand“ (Adam). Nach der Bundestagswahl im September bekannte Adam öffentlich, erstmals in seinem Leben die CSU gewählt zu haben. Dafür hätte er längst ein Parteiausschlussverfahren am Hals, wäre er nicht vorher unter Medien-Jubel zum Nachwuchs-Star der SPD gekürt worden. Nun aber ist er kompromittiert durch eine Sex-Geschichte im eigenen Landratsamt. Doch seine Kritik an der Partei wird von anderen geteilt. „Wir sind keine Ansprechpartner mehr für die Menschen“, klagt der mit 30 Jahren ebenfalls junge SPD-Bürgermeister Jonas Merzbacher aus dem oberfränkischen Gundelsheim.

BayernSPD nennt sich der zweitgrößte Landesverband der deutschen Sozialdemokraten, der zugleich – nach der CSU – mit knapp 70.000 Mitgliedern in rund 1.800 Ortsvereinen der zweitgrößte Landesverband einer Partei in Bayern ist. Die „Sozi“ (Volksmund) hatten bei der Landtagswahl 2008 unter Landeschef Pronold mit 18,6 Prozent ihr schlechtestes Nachkriegs-Ergebnis eingefahren und erhofften sich in diesem Jahr mit dem in München populären OB Christian Ude als Wunsch-Ministerpräsidenten einen kräftigen Aufschwung bis hin zur Regierungsübernahme. Doch nach zwei Jahren heftigen Wahlkampfes blieb's bei einem mageren Plus von zwei auf 20,6 Prozent. Und bei der Bundestagswahl eine Woche später mussten sich die Genossen mit 20 Prozent zufrieden geben, während die CSU die 50-Prozent-Marke touchierte. Für die BayernSPD gab's in beiden Wahlen nur ein einziges Direktmandat.

Personelle Konsequenzen an der Parteispitze hatte das Doppel-Desaster nicht, außer dass Pronold für sich daraus den Anspruch abliest, jetzt in Berlin Bundesminister zu werden. Bei diesem stoischen „Weiter so“ fragt man sich: Was soll aus Bayerns Schrumpf-Sozis werden? Immerhin sind Jubiläen zu feiern. Nach dem 120-jährigen des 1892 in Regensburg gegründeten SPD-Landesverbandes im vergangenen Jahr, könnte 2017 auch ein 60-jähriges gefeiert werden: Seit 1957 ist die SPD in keiner bayerischen Regierung mehr vertreten. Man hat sich in seiner Ideologie und in der Opposition gemütlich eingerichtet: alles kritisieren, alles fordern, nichts zu finanzieren. Dabei hatte sich die bayerische SPD im Laufe ihrer Geschichte nicht schlecht entwickelt.

Bei der Landtagswahl 1912, der letzten vor dem I. Weltkrieg, kam sie schon auf 19,5 Prozent, und nach dem II. Weltkrieg wurde sie 1950 bei der ersten freien Wahl ohne Einfluss der Militärregierung sogar stärkste Partei. 1954 dann der Höhepunkt: SPD-Grande Wilhelm Hoegner wurde Ministerpräsident einer Viererkoalition, die CSU saß auf den Oppositionsbänken. Doch die rot geführte Regierung hielt nur drei Jahre, danach begann die lange Alleinherrschaft der CSU, gegen die auch Hans-Jochen Vogel und Renate Schmidt vergeblich anstürmten. Die besten Ergebnisse erzielte der redliche, aber farblose Volkmar Gabert in den 60er Jahren mit zweimal knapp 36 Prozent.

Mit dem Aufstieg der Grünen ging's für die Roten wieder bergab. Lange musste der „Ausnahmepolitiker“ Franz Josef Strauß als Grund dafür herhalten, doch sein Tod 1988 beendete weder den Sinkflug der SPD noch die absolute Mehrheit der CSU. Letzteres schafften erst nach dem Sturz von Edmund Stoiber 2008 dessen Erben Erwin Huber (Parteichef) und Günther Beckstein (Ministerpräsident). Doch statt aus der CSU-Schwäche Kraft zu schöpfen, kassierte die SPD ihr schlechtestes Ergebnis, die Liberalen stiegen vorübergehend ins schwarze Regierungsboot ein.

Nach den diesjährigen Wahlen steht die BayernSPD im Ergebnis wieder da, wo sie 1912 schon einmal war, bei rund 20 Prozent. Und ohne den pensionierten Hoffnungsträger Ude zeigen die Umfragen wieder nach unten. Aus Parteispitze und Fraktion ist wenig Hoffnung zu erwarten. Das vor Ort erfolglose, nur über die Listen gewählte Personal bestätigt sich innerhalb der Parteigremien gegenseitig als fehlerlos und bleibt ideologisch zementiert: Weiter so! In Bayern liegt die Stärke der SPD in der Kommunalpolitik mit vielen tüchtigen, weil realistischen, bürger-nahen Bürgermeistern und Oberbürgermeistern.

Viele von diesen sind aber von den ideologischen Gremien-Funktionären so enttäuscht wie Christian Ude es jahrelang war und Michael Adam es heute ist. Die BayernSPD hat in diesem Jahr ihre beiden derzeit erfolgreichsten Genossen verbrannt oder verprellt. Christian Ude wird die Pensionärs-Sonne auf Mykonos genießen können und Michael Adam macht sich Gedanken, ob diese SPD noch länger seine politische Heimat bleiben oder ob er sie von innen her verändern kann. Diese Chance allerdings hat er nun durch die Dummheit seiner Sex-Affäre für einige Zeit vertan. Bis dahin kann Horst Seehofer zufrieden sein mit der SPD in seinem Lande. ▲

Immerhin ein Erfolg: Im neuen Landtag ist die SPD an die Seite der CSU gerückt. Die FDP ist weg und die Freien Wähler mussten nach linksaußen.



Hannes Burger, 1937 in Schwabing geboren, war Mitarbeiter der *Süddeutschen Zeitung* und Bayern-Korrespondent der *WELT*. 22 Jahre lang schrieb er die Salvatorreden für den Starkbieranstich auf dem Nockherberg.

Lockruf der Stadt

Immer mehr Menschen leben in Städten – Peutingersymposium Urbanisierung

Beim Peutingersymposium „Made in Germany – Urbanisierung“ saßen renommierte Fachleute auf dem Podium im Münchner BMW-Pavillon – darunter der Herzchirurg Professor Dr. med. Bruno Reichart, Münchens ehemalige Stadtbaurätin Prof. Christiane Thalgott und Prof. Dr. Sigrun Kabisch vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig. Ihr aktuelles Thema: Wie lebt es sich künftig in Metropolen, in die immer mehr Menschen strömen werden? Laut einer Prognose werden in den nächsten 15 Jahren 200.000 Menschen nach München und Umgebung ziehen. Ein Zuzug wie in keiner anderen deutschen Stadt.

In Mexiko City haben die Menschen Angst vor einer Fahrt im Bus und steigen deshalb lieber ins eigene Auto.

Unter den hochkarätigen Experten im BMW-Pavillon ist auch die Architektin und langjährige Münchner Stadtbaurätin Prof. Christine Thalgott, die für eine neue Organisation des Zusammenleben in der Stadt plädiert: „Wir sitzen nicht mehr mit der Großfamilie am Tisch, sondern treffen andere Menschen in öffentlichen, urbanen Räumen.“ Diese zu gestalten, sei Aufgabe der künftigen Stadtplanung.

Mobilität bleibt dabei dennoch ein zentrales Thema. Das Auto habe nach wie vor weltweit eine hohe Anziehungskraft“, betont Prof. Sigrun Kabisch vom Leipziger Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung. Gab es in der kolumbianischen Hauptstadt Bogota 2002 nur 50.000 Autos, waren es zehn Jahre später bereits 1,3 Millionen. „Wir dürfen den Verkehr nicht per se verteufeln, sondern müssen angesichts der Verdichtung in Großstädten neue Formen entwickeln.“ Neben Car-Sharing-Angeboten sei auch über eine bessere Vernetzung von öffentlichem und privatem Verkehr nachzudenken.

Dabei, so Dr. Julian Weber, Leiter Innovationsprojekte E-Mobilität bei BMW, müsse auch berücksichtigt werden, dass sich vor allem bei der Generation der Digital Natives neue Formen der Mobilität herausbilden. Jugendlichen ist das Fahrzeug als Statussymbol

nicht mehr so wichtig. Laut einer Studie unter 20- bis 30-Jährigen würde die Mehrheit lieber drei Monate aufs Auto verzichten als aufs Handy. Deshalb finden Carsharing-Angebote wie zum Beispiel Drive Now von BMW immer größeren Zulauf.

Wachsendes Umweltbewusstsein wird auch die E-Mobilität befördern, wenngleich sich die Expertenrunde über das Ausmaß nicht einig ist. Reichweite und Ladedauer der Batterien werden als Hemmnisse genannt, E-Mobilität-Spezialist Weber versucht, sie zu zerstreuen: 160 Kilometer Reichweite, wie sie der neue i3 bietet, sei für den Alltag völlig ausreichend, die meisten Städter fahren im Schnitt nur 30 bis 40 Kilometer am Tag. Zudem würden moderne Schnellladestationen die Batterie in etwa einer Viertelstunde aufladen. An normalen Stromanlagen dauere es allerdings etwa sechs Stunden und erfordere eine gewisse Vorausplanung, räumt Weber ein.

Im Ausblick auf das Jahr 2050 ist man sich weitgehend einig: Die Städte müssen lebenswert bleiben, wozu eine gute Infrastruktur unerlässlich ist. Und die älter werdende Bevölkerung stellt an die Stadtplaner Herausforderungen, die erheblich zunehmen werden. ▲

Bild: Hans-Georg Esch



Heimat der Kreativen

OECD-Studie lobt Europäische Metropolregion Nürnberg

Siegfried Balleis

In den 50er Jahren hat New York als erste städtische Region die Schallmauer von 10 Millionen Einwohnern durchbrochen und gilt somit als erste Megacity. Heute liegt die Stadt am Hudson-River weltweit nur noch auf Rang drei – hinter Tokio und Mexiko City. Und die Riesen-Metropolen wachsen weiter. Die Vereinten Nationen erwarten, dass sich in Städten mit heute schon über 10 Millionen Einwohnern die Bevölkerung bis 2025 fast verdoppeln wird.

Für Deutschlands Millionen-Städte erwarten die UN zwar nur ein moderates Wachstum, aber dennoch spüren auch deren Bewohner schon heute die Nachteile eines sich ständig verdichtenden Ballungsraums: Wohnungsmangel und explodierende Mieten, kollabierender Verkehr, zunehmende Umweltbelastungen und soziale Spannungen. In Bayern ist vor allem München mit dieser Entwicklung konfrontiert. Die Mietprobleme haben die Landeshauptstadt weit über Bayern hinaus in die Schlagzeilen gebracht. Der zweite bayerische Großraum ist das fränkische Städtedreieck der ehemaligen Handelsmetropole Nürnberg, der Industriestadt Fürth und des Wissenschaftsstandorts Erlangen.

Hier hat man sich schon vor vielen Jahren Gedanken darüber gemacht, wie der Druck auf die Städte gemildert und die Abwanderung aus der Region verhindert werden kann. Dazu haben sich 33 Städte und Landkreise zu einer kommunalen Allianz zusammengefunden, der Europäischen Metropolregion Nürnberg. Sie ist ein Netz mit vielen Knoten, das Stadt und Land verbindet und so wirksam mithilft, Infrastruktur und Lebensqualität in der gesamten Region zu stärken und zugleich die Region auch weltweit sichtbar und attraktiv zu machen. Im internationalen Kampf um Fachkräfte und Investitionen können Stadt und Land nur gemeinsam ihre Anziehungskraft so steigern, dass sie auf der globalen Landkarte überhaupt sichtbar zu werden.

Und gemeinsam sind wir stark: In der Metropolregion, die die Regierungsbezirke Ober- und Mittelfranken sowie Teile der Oberpfalz und Unterfrankens umfasst, leben 3,5 Millionen Menschen, 162.000 zumeist kleiner und mittleren Unternehmen erwirtschaften jährlich 105 Milliarden Euro Bruttosozialprodukt. Das entspricht der Wirtschaftsleistung von Singapur oder Ungarn. Als eigenständiger Staat wären wir damit unter den Top 60 der Welt.

Während München vom Umland oft als dominant empfunden wird, pflegen wir die Partnerschaft von Stadt und Land und fördern rund um das dicht besiedelte Städtedreieck Nürnberg-Fürth-Erlangen ein Netz kleinerer, aber dennoch leistungsfähiger Zentren. Diese polyzentrale Struktur bietet die Vorteile und Funktionen einer Großstadt, jedoch ohne deren

negativen Nebeneffekte, sie steigert die Lebensqualität im Großraum und macht die Metropolregion gerade für Familien attraktiv. Andererseits bündelt die Metropolregion die Interessen der Einzelnen und verleiht ihnen mehr Gewicht in Bayern, Deutschland und Europa.

Im Binnenverhältnis gilt Partnerschaft auf Augenhöhe. Nürnberg ist mit 500.000 Einwohnern zwar die mit Abstand größte Kommune, doch ihr Oberbürgermeister hat im Rat der Metropolregion ebenso nur eine Stimme wie etwa der 1. Bürgermeister von Tirschenreuth oder Herzogenaurach.

Eine besondere Auszeichnung erfuhr dieser Zusammenarbeit kürzlich durch eine Studie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Deren Wissenschaftler haben im Auftrag der EU-Kommission von Finnland bis Australien weltweit 11 Regionen darauf untersucht, wie wirksam ihre Stadt-Land-Partnerschaften und ihre Projekte arbeiten. Die Metropolregion Nürnberg, die einzige deutsche in dieser Studie, loben sie als ambitioniertes Beispiel, es handele sich um ein robustes, weit entwickeltes und weithin akzeptiertes Beteiligungs-System mit klaren Zielen, so die Forscher.

Zu diesen Zielen gehört eine beispielhafte Willkommenskultur und die Stärkung der Kompetenzfelder von Logistik über Medizin bis zur Umwelt. Vor allem aber auch der erklärte Wille, eine der fünf familienfreundlichsten Metropolregionen Europas zu werden. Um den demografischen Wandel zu bewältigen, setzen wir 18 sogenannte Zukunftscoaches ein, die über Qualifizierungsprojekte mithelfen, dass junge Fachkräfte auch in ländlichen Gebieten attraktive Arbeit finden. Wir wollen in Stadt und Land die Heimat für Kreative sein.

Und nicht zuletzt werben wir für die Produkte unserer Region. Das gelingt nach außen mit großem Erfolg, wie unsere Exportquote von fast 48 Prozent zeigt. Wichtig aber ist, dass auch die eigene Bevölkerung die regionalen Qualitäten schätzen lernt, damit ein möglichst hoher Teil unsere Kaufkraft bei uns bleibt und hier Arbeitsplätze und Zukunft sichert. Genau im Sinne des neugeschaffenen Heimatministeriums, in ganz Bayern vergleichbare Lebensverhältnisse zu schaffen. ▲



Mit dem Heimatministerium in Nürnberg erhält erstmals seit 1806 ein Ministerium einen Dienstsitz außerhalb von München. „Eine historische Entscheidung“, meint Minister Markus Söder.



Dr. Siegfried Balleis, 1953 in Nürnberg geboren, ist seit 1996 Oberbürgermeister der Universitätsstadt Erlangen. Balleis ist Mitglied im CSU-Parteivorstand.

Satt sagt Nein

Olympia 2022 scheitert am Egoismus der Wohlstandsbürger



Hugo Müller-Vogg

Die Menschen in München und um München haben Nein gesagt zu den Olympischen Winterspielen 2022. Davon geht die Welt nicht unter, nicht einmal die viel beschworene olympische Idee. Denn Länder und Städte, die das olympische Spektakel ausrichten wollen, gibt es mehr als genug.

Das jüngste Buch von Hugo Müller-Vogg ist eine Biographie über Reinhard Pohl, den Gründer der Deutschen Vermögensberatung (DVAG), Deutschlands größtem Anbieter privater Vorsorge (Hoffman und Campe, 292 S., 18 €)

Der Ausgang des Bürgerentscheids hatte sicherlich mit dem Misstrauen vieler Menschen gegenüber den Funktionären des IOC zu tun. Diese Herren geben vor, ihnen gehe es um „die Jugend der Welt“, den Sport und den Frieden. In Wirklichkeit denken sie ständig an das eigene Konto und das ihrer Organisation, kugeln munter mit Diktatoren jeglicher Couleur, zwingen Länder und Städte, die Olympische Spiele ausrichten, zu finanziellen Zugeständnissen und stehen – alles in allem – nicht für Fair-Play, sondern eher für halbseidene Praktiken.

Das bayerische Nein war aber nicht nur Ausdruck berechtigten Misstrauens gegenüber dem Geschäftsmodell Olympia. Es war – und das ist viel bedenklicher – zugleich ein Nein zu jeglicher Veränderung, ein Nein zu der mit Großveranstaltungen einhergehenden Beeinträchtigungen der eigenen heilen Welt, ein Nein zu jeglichem Versuch, mit Großprojekten in die Zukunft zu investieren.

Die „Nolympianer“ in und um München sind Gesinnungsgenossen der „Wutbürger“ von Stuttgart wie der Flughafengegner von Frankfurt. Sie sind Brüder und Schwestern im Geiste von allen Bürgerinitiativen, die jede neue Bahnstrecke, jeden neuen Eisenbahnkilometer, jedes neue Pumpspeicherwerk und jede neue Hochspannungsleitung als Anschlag auf den geliebten Status quo verstehen und entsprechend bekämpfen. Hier proben nicht die Plebejer den Aufstand, sondern die Privilegierten und die Satten.

Die Initiatoren der zahllosen Anti-Initiativen lassen sich gerne als besonders gute Demokraten feiern, ihre eigenen Erfolge sehen sie stets als Siege für die Demokratie. Es spricht in der Tat für eine demokratische Gesellschaft, wenn Bürger auch zwischen Wahlen der Politik Grenzen aufzeigen können. Was aus

der Sicht der Partizipationstheorie begrüßenswert erscheint, hat freilich eine beklemmende Kehrseite: In Entscheidungen wie der von München tobt sich der Egoismus der Wohlstandsbürger aus. Natürlich werden auch diese Olympia-Gegner bei den nächsten Spielen vor ihren Fernsehern sitzen und mitfiebert. Aber ihr Genuss ist ungetrübt von den Beeinträchtigungen, die Großereignisse wie Großprojekte nun mal mit sich bringen. Solange die Fernsehbilder scharf und die Wettbewerbe spannend sind, ist alles bestens. Je weiter entfernt das reale Geschehen stattfindet, umso ruhiger bleibt es „dahoam“.

Den Deutschen geht es im Großen und Ganzen gut, im internationalen Vergleich sogar sehr gut. Da erlahmt der Wille, Neues in Angriff zu nehmen und mit unterschiedlichsten Großprojekten in die Zukunft zu investieren. Wer sich um die Ausrichtung von Großveranstaltungen bewirbt, will ja nicht nur den Sport oder die Kultur fördern oder der eigenen Bevölkerung ein Erlebnis der besonderen Art bieten. Der hofft zugleich auf einen Imagegewinn für das eigene Land wie für die eigene Stadt. Dasselbe gilt auch für Veranstaltungen wie etwa Weltausstellungen. Solche Projekte sind überdies meist Anlass, kräftig in die eigene Infrastruktur zu investieren, und zwar stärker und mutiger, als das geschähe, wenn man nur dem Prinzip „business as usual“ folgte.

Das Schlimme am Nein zu den Olympischen Winterspielen ist nicht, dass Deutschland sich damit für viele Jahrzehnte selbst von der Olympia-Karte getilgt hat. Viel schlimmer ist der Geist, der sich hier offenbart: Das Nein einer saturierten, egoistischen Wohlstandsgesellschaft gegen jede zusätzliche Kraftanstrengung. Ihr Motto: Ruhe ist des Bürgers erster Wunsch. ▲



Foto: Laurence Chaperon

Dr. Hugo Müller-Vogg war Herausgeber der FAZ und arbeitet heute als Publizist und Buchautor in Berlin, u. a. als Kolumnist für BILD. www.hugo-mueller-vogg.de

Mega-Marke Löwe und Raute

Löwe und Raute
der Wittelsbacher
sind eine weltweite
Erfolgsgeschichte



Bild: Bayerische Staatsbibliothek

Alexander Schubert

Mit „Löwe und Raute“ hatte die CSU wenig Glück. Die traditionsreiche Gaststätte im Haus ihrer Münchner Parteizentrale litt unter Gästemangel und wurde 2011 mit neuen Pächtern in „Franz-josef“ umbenannt. Ein bemerkenswerter Schritt, denn unter den zahlreichen Beispielen, bei denen die Nutzung der unverwechselbaren wittelsbachischen Wappensymbole ein Erfolgsgarant war, scheint das CSU-Lokal die einzige namhafte Ausnahme zu sein. Dagegen kann die Partei selbst die imagebildende Kraft von Löwe und Raute voll ausschöpfen. 1970 hatte die Münchner Werbeagentur „Team 70“ eine neue, frische Parteistrategie entwickelt, in deren Kern die beiden Landessymbole ins Partei-Logo übersiedelten. Sie prägen bis heute das Erscheinungsbild der Partei und tragen zu einer wachsenden Identifikation, ja fast Gleichsetzung mit dem Freistaat Bayern bei. →

Für die Agentur signalisierte die Raute damals ganz im Sinne der historischen Tradition „die bayerische Unabhängigkeit und Eigenständigkeit“, der Löwe war „Ausdruck der Stärke“. Andere Zeiten bringen andere Wahrnehmungen mit sich. Nach heutiger Lesart sieht die CSU im Blau der Raute ihre Eigenschaften „Harmonie, Freundlichkeit, Vertrauen, Zuverlässigkeit und Ruhe“ repräsentiert, während das Goldgelb des Löwen „warm und wertig“ wirke und für „Licht, Optimismus, Reife und eine starke Fernwirkung“ stehe, so eine Pressemitteilung vom November 2004.

Doch die den Wappenzeichen der Wittelsbacher zugeschriebenen Wirkkräfte, so unterschiedlich sie auch interpretiert werden mögen, sind nicht nur im politischen Terrain Erfolgsfaktoren. 1923 trugen die Spieler des FC Bayern München erstmals die weiß-blaue Raute auf der Brust, noch heute ist das Rautenfeld, umgeben von einem roten Reif, aufs Trikot gestickt. Das andere Wappenzeichen der Wittelsbacher, der Löwe, prangt bereits seit 1911 auf der Brust der Spieler des Münchner Lokalrivalen TSV 1860. Doch ganz ohne Raute kommen auch die „Sechziger“ nicht aus: Die 2.760 trapezförmigen Kissen der „Allianz Arena“ können bei Löwen-spielen in blaues oder auch weiß-blaues Licht getaucht werden.

Die „Allianz Arena“ dürfte in ihrer weiß-blauen Variante als bisher größte Umsetzung eines aus dem Mittelalter stammenden heraldischen Zeichens gelten. Die Anfänge der signifikanten wittelsbachischen Wappensymbolik von Löwe und Raute liegen in einer Zeit, in der die Dynastie ihren Aufstieg von einer Grafenfamilie hin in den Kreis der Führungselite des Heiligen Römischen Reichs vollzog. Innerhalb von zwei Generationen kamen die Wittelsbacher in den Besitz zweier künftig für die Reichsgeschichte besonders bedeutsamer Fürstentümer, des Herzogtums Bayern und der Pfalzgrafschaft bei Rhein. Der Welfen-Herzog und München-Gründer Heinrich der Löwe war bei Kaiser Friedrich I. Barbarossa in Ungnade gefallen, worauf dieser 1180 den Pfalzgrafen Otto I. mit dem Herzogtum Bayern belehnte, gut 30 Jahre später wurden Ottos Sohn, Ludwig der Kelheimer, und sein Enkel, Otto II. der Erlauchte, vom Staufer-König Friedrich II. als Nachfolger des kinderlos verstorbenen Welfen Heinrich II. mit der Pfalzgrafschaft bei Rhein belehnt. Bayern und die rheinische Pfalz wurden von nun an bis 1329 in Personalunion eines Wittelsbachers geführt.

Dieser doppelte Herrschaftserwerb fiel in eine Phase, in der der europäische Adel dabei war, eine neue Zeichenhaftigkeit zu entwickeln, die im militärischen Bereich ihren Anfang nahm. Die in Eisen gekleideten Ritter brauchten persönliche Kennzeichen, um in der Schlacht als Freund oder Feind erkannt zu werden. Diese trugen sie auf Schilden, Helmen, Pferddecken und Waffenröcken. Bald entwickelten sich daraus Prestigezeichen des Adels. Die Träger der Wappen verwendeten diese als Machtsymbol und sorgten für deren möglichst große Verbreitung, indem sie Wappenschilder an Gebäuden aufhängten oder die Wände vielbesuchter Bauwerke mit Einritzungen ihrer Wappen verzierten.

Eines der frühesten Familienzeichen im deutschsprachigen Raum war der welfische Löwe. Die Darstellung des Wappentiers auf ei-

nem Steinrelief aus dem Allgäuer Steingaden gilt als älteste Darstellung im monumentalen Format. In der Frühzeit nutzten die Wittelsbacher, wie viele Mitglieder des Hochadels, den Reichsadler als Symbol für ein Reichsamt und einen Zickzackbalken aus dem Stammwappen der Grafen von Scheyern, von denen sich die Wittelsbacher herleiten. Erst nach dem Gewinn des bayerischen Herzogtums und der Pfalz bei Rhein kamen Löwen und Raute ins Wappen-Spiel. Bereits um 1228 nahm Herzog und Pfalzgraf Otto II. den Löwen in sein pfalzgräfliches Reitersiegel auf, der fortan untrennbar mit den Wittelsbachern verbunden sein sollte.

Wenig später kamen die Wittelsbacher in den Besitz eines anderen Wappenzeichens, dessen geometrische Schlichtheit und ungeheure symbolische Wirkmächtigkeit einen spannungsreichen

Gegensatz bilden: die weiß-blaue Raute. Die Mutter von Pfalzgraf Ottos II., Ludmilla von Böhmen, war in erster Ehe mit Graf Adalbert III. von Bogen verheiratet gewesen, mit dem sie drei Söhne hatte, die allesamt ohne Nachkommen blieben. Das Wappenbild der Grafen von Bogen waren die weiß-blauen Rauten, die Ludmilla gewissermaßen als Mitgift in ihre zweite Ehe mit Ludwig dem Kelheimer einbrachte und damit für eine sinnbildliche Verbindung zweier der damals mächtigsten bayerischen Familien sorgte, der Bogener mit den Wittelsbachern. Nach dem Tod des letzten Bogeners 1242 fiel nicht nur dessen Besitz im niederbayerischen Donaugau und in Böhmen, sondern auch das weiß-blaue Herrschaftssymbol an Herzog und Pfalzgraf Otto II. und seine Nachkommen.

Mit dem gekrönten Löwen und den weiß-blauen Rauten standen den Wittelsbachern von nun an gleich zwei signifikante Wappenzeichen zur Verfügung, die sich bald als Symbole des Gesamthauses fest etablierten. Auch die Trennung zwischen einer bayerischen

und einer pfälzischen Linie der Wittelsbacher, die Kaiser Ludwig der Bayer 1329 im Hausvertrag von Pavia vollzog, trennten Löwe und Raute keineswegs voneinander. Die Pfälzer Wittelsbacher am Rhein und in der Oberpfalz verwendeten die Raute ebenso selbstverständlich wie der bayerische Familienzweig den gekrönten Löwen.

Je mehr sich die beiden Wittelsbacher-Linien voneinander entfernten, umso stärker näherten sich Löwe und Raute und wurden zum Sinnbild für die gedoppelte Einheit. Denn seit der Teilung hatten beide Linien strikt darauf geachtet, dass mit der Begrenzung auf den jeweils eigenen Herrschaftsbereich nicht der grundsätzliche Anspruch auf den Gesamtbesitz aufgegeben wurde. In allen offiziellen Verlautbarungen nannten sich sowohl die bayerischen als auch die rheinischen Wittelsbacher „Pfalzgraf bei Rhein und Herzog von Bayern“. Der Verzicht auf einen Teil der wittelsbachischen Wappensymbolik hätte dieser Haltung widersprochen.

Das in je zwei Löwen- und Rautenteile quadrierte Wappen erwies sich auch auf höchster politischer Ebene als eine geschickte Marketingstrategie. Gegen Ende des 13. Jahrhunderts hatte sich ein fester Kreis aus geistlichen und weltlichen Fürsten herausgebildet, die für sich das Recht beanspruchen konnten, den König zu wählen. Dieses Kurfürstenkolleg erhielt von Kaiser Karl IV. mit



Prachtvolle Machtdemonstration: Löwe und Raute auf einer Handschrift, die Kurfürst Philipp dem Aufrichtigen (1448-1508) gewidmet war. Die Wappen-Löwen tragen, anders als im heutigen Bayernwappen, rote Kronen.

der Goldenen Bulle seine rechtliche Grundlage. Darin wurde dem Pfalzgrafen bei Rhein unter den vier weltlichen Königswählern eine herausgehobene Stellung zugesprochen: Als Erztruchsess übte er das Reichsvikariat, also die Stellvertretung des Königs bei Abwesenheit oder Tod, aus und wurde ermächtigt, gegebenenfalls auch über den König Gericht zu halten.

Die sieben Kurfürsten waren die symbolträchtigen, tragenden Säulen des Heiligen Römischen Reichs. Sie darzustellen, bedeutete ein Bekenntnis zur Reichszugehörigkeit, und so traten Bildnisse der Kurfürsten oder ihrer Wappen von nun an gehäuft auf. Vor allem die noch jungen Städte stellten auf ihren Marktplätzen die Kurfürstenwappen auf und betonten damit ihre Zugehörigkeit zum Reich und zugleich eine Unabhängigkeit von lokalen Stadtherren oder benachbartem Adel. Dabei fiel das gevierte Wittelsbacher-Wappen an den Rathäusern von Bremen, Köln oder Ulm, natürlich mehr ins Auge als das Rad der Mainzer oder die Kreuze von Köln (schwarz) oder Trier (rot).

Im Ensemble mit den Wappen der anderen Kurfürsten erhielten Löwe und Raute die größtmögliche Form an Öffentlichkeitswirksamkeit, die im Mittelalter zu erzielen war. Mit Ausnahme des Reichsadlers war kein Wappen im gesamten Heiligen Römischen Reich ähnlich verbreitet wie die Zeichen der sieben Kurfürsten. Zudem brachten Städte und Gemeinden das Wappen als Symbol ihrer Zugehörigkeit zu den Territorien der Wittelsbacher an Rathäusern, Kirchengebäuden und zentralen Plätzen an und ließen sich das Privileg erteilen, die wittelsbachische Wappensymbolik selbst im Stadtwappen zu führen, was bei vielen Ortschaften der Rheinpfalz und der Oberpfalz, darunter Amberg, Edenkoben, Grafenwöhr und Weiden, noch heute zu sehen ist. Das unverwechselbare Wappenbild der bayerisch-pfälzischen Dynastie ist auch an den Schlossanlagen von Heidelberg, Mannheim, Schwetzingen und Weinheim bis heute ebenso sichtbar wie am Alten Rathaus oder am Zeughaus in Mannheim.

Löwe und Raute blieben die Erkennungsmerkmale der Wittelsbacher in beiden von ihnen regierten Fürstentümern bis zum

Untergang der Kurpfalz, der Rangerhöhung Bayerns zum Königtum und dem Ende des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation. Doch Bayerns erster König Max I. Joseph verbannte in seinem Königswappen vom 20. Dezember 1806 den „pfälzischen“ Löwen und führte Zepter, Schwert und Königskrone als Herrschaftszeichen ein. Drei Jahrzehnte später gab sein Sohn König Ludwig I. dem Löwen wieder seinen Platz „in Rautennähe“ zurück, indem er ihn im Wappenbild als Sinnbild des im Königreich Bayern aufgegangenen „Stammes“ der Pfälzer deutete.

Auch der Revolution von 1918 und der Abdankung der Wittelsbacher konnten Löwe und Raute trotzen. Fünf Jahre nach diesen einschneidenden Ereignissen einigte sich der bayerische Landtag darauf, als Wappen des Freistaats die weiß-blaue Raute, den Löwen für die Oberpfalz sowie drei schwarze Löwen für den schwäbischen Landesteil und den Rechen für Franken zu führen. Die Nationalsozialisten vertrieben Löwe und Raute aus dem Landeswappen, aber schon 1945 kehrten beide auf ihren über Jahrhunderte behaupteten, prominenten Platz zurück, den sie seither im Wappen des Freistaats Bayern einnehmen. Ein neues Revier hat der pfälzische Löwe aber auch in den großen Landeswappen der Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland gefunden. Wenngleich er auf seine kongenialen Partner, die weiß-blaue Raute, verzichten muss, steht er auch hier als Zeichen für Regionen, die einstmals zum Territorium der Wittelsbacher gehörten.

Ohnehin ist ein Ende der Karriere von Löwe und Raute noch längst nicht absehbar. Auf Parteiabzeichen, Vereinseemblemen, Bierkrügen und Weinflaschen, Fahnen und Wimpeln,

Tischdecken und Souvenirs, vom bayerischen Dörfchen bis zu den Hofbräuhausern in München, Tokio, Bangkok und Las Vegas oder auf Oktoberfesten von Australien bis China sind die wittelsbachischen Symbole wie kein anderes aus dem Mittelalter stammendes Wappenzeichen weltweit allgegenwärtig und schreiben ihre über 700-jährige Erfolgsgeschichte in goldgelb, weiß und blau fort. ▲



Auch der Fußball trägt die Raute der Wittelsbacher in alle Welt: ober die Münchner Allianz-Arena bei einem Spiel von TSV 1860, unter ein FC-Bayern-Schal mit der Raute im Zentrum.

Die Wittelsbacher sind eng verbunden mit Bayern und seinen Königen. Eine große Wittelsbacher-Ausstellung in Mannheim erinnert in diesen Wochen daran, dass der Aufstieg des berühmten Geschlechts 1214, also vor 800 Jahren, jedoch in der Pfalz am Rhein begonnen hatte und dass ein Aussterben der bayerischen Linie 1777 nur durch den Umzug des Mannheimer Kurfürsten Karl Theodor nach München verhindert werden konnte.

Aufstieg am Rhein

In der Spanne dieser knapp 600 Jahre erzählt die Ausstellung die faszinierende Geschichte der Wittelsbacher, wie sie im Mittelalter zu den wichtigsten Kurfürsten aufsteigen, die den König vertreten und sogar über ihn richten konnten. Wie der Hausvertrag von Pavia 1329 das Territorium zwar in das südliche Bayern und in die nordwestliche Pfalz samt Oberpfalz teilte, zugleich aber

den Zusammenhalt für den Fall festlegte, dass ein Wittelsbacher-Zweig ohne männliche Nachfolger bleiben sollte. Und wie Löwe und Raute ins Wittelsbacher und schließlich ins bayerische Wappen kamen. Eine spannende bayerische Geschichtskunde im rheinischen Mannheim.

Die Wittelsbacher am Rhein – die Kurpfalz und Europa. Reiss-Engholm Museum und Schloss in Mannheim, bis 2. März. Katalog (2 Bände, knapp tausend Seiten) 39,95 €



Dr. Alexander Schubert, 1969 in Bayreuth geboren, ist Wissenschaftler Direktor am Reiss-Engholm Museum in Mannheim. Er studierte Geschichte und Germanistik in Bayreuth und Bamberg und promovierte 2001 mit einem Stipendium der Hanns-Seidel-Stiftung.

Allianz fürs Ehrenamt

Neues Schwergewicht:
16 Vereine mit 1,6 Millionen
Mitgliedern verbünden sich



Per Volksentscheid haben Bayern Wähler die Förderung des Ehrenamtes als neues Staatsziel in Artikel 121 der Bayerischen Verfassung verankert. Auf unserem Bild empfängt die damalige CSU-Fraktionsvorsitzende Christa Stewens (vorne, Zweite v.r.) Mitglieder der Bürgerallianz im Landtag.

Für Ehrenamt und Heimat

In der Bürgerallianz Bayern haben sich zusammengeschlossen: Bayernbund e.V. – Bayerischer Sportschützenbund e.V. – Oberpfälzer Schützenbund e.V. – Bayerischer Blasmusikverband e.V. – Bayerischer Trachtenverband e.V. – Bayerischer Landesverband für Gartenbau und Landespflege e.V. – Bund der Steuerzahler in Bayern e.V. – Landesfischereiverband Bayern e.V. – Verband der Bayerischen Berufsfischer e.V. – Bayerischer Jagdverband e.V. – Landesverband Bayerischer landwirtschaftlicher Wildhalter e.V. – Deutscher Falkenorden, Landesverband Bayern e.V. – Schleppjagdverein von Bayern e.V. – Vereinigung der Freizeitreiter und -fahrer in Deutschland, Landesverband Bayern e.V. – Bund Bayerischer Berufsjäger e.V. – Bund Bayerischer Jagdaufseher e.V. (Stand Oktober 2013)



Prof. Dr. Jürgen Vocke, 1943 in Jena geboren, ist seit 1994 Präsident des Bayerischen Jagdverbandes. Der promovierte Jurist war Finanzrichter und von 1998 bis 2008 CSU-Landtagsabgeordneter. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.

Jürgen Vocke

Das Ehrenamt, sagt Bundespräsident Joachim Gauck, ist das Bündnis engagierter Bürger „für ein solidarisches Miteinander der Verschiedenen, durch Verantwortungsbewusstsein und Bürgersinn“. Ehrenamtliches Engagement zeigt die Bereitschaft, sich mit dem knappen Gut Zeit, mit Tatkraft und oftmals mit großer Kreativität und Ideenreichtum für andere und damit für die Gesellschaft einzubringen. Diese Form der gelebten Solidarität ist notwendig für mehr Selbstbestimmung und somit für eine echte Mitwirkung auch an politischen Entscheidungen. Diese Solidarität zu stärken ist der Grund, weshalb wir vom Bayerischen Jagdverband mit Gleichgesinnten die Bürgerallianz Bayern ins Leben gerufen haben.

Die Bürgerallianz Bayern ist ein Zusammenschluss bayerischer Traditionsvereine. Mit zehn Vereinen haben wir im Sommer 2010 begonnen. Mittlerweile repräsentiert der Zusammenschluss rund 1,6 Millionen ehrenamtlich engagierte Mitglieder in 16 Vereinen aus ganz Bayern. Unser Ziel ist es, das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger als einen wichtigen Bestandteil unserer bayerischen Lebensart zu schützen und zu fördern. Dies erscheint uns notwendig, denn das in der Öffentlichkeit gerne gelobte Ehrenamt hat in der politischen und gesellschaftlichen Realität oft mit einem herben Vertrauensverlust und mit Angriffen zu kämpfen. Überbordendes Verwaltungshandeln und unverhältnismäßig hohe bürokratische Hürden bremsen immer wieder das freiwillige Engagement der Bürger.

„Subsidiarität ist ein zentrales Prinzip unseres Staates“, heißt es im Bürgerlichen Manifest, dem Grundsatzpapier unserer Allianz. Dieses dürfe nicht durch wachsende Regulierung unterlaufen werden. Die bayerischen Bürgerinnen und Bürger sind zu Leistung bereit und fähig, das zeigen die überdurchschnittlichen wirtschaftlichen Erfolge unseres Landes wie auch das vielfältige und lebendige Ehrenamt. Kirchen, Verbände und Vereine, aber auch Nachbarschaftshilfe und Wohltätigkeit liegen auf den Schultern von Menschen, für die Freiheit und Verantwortung keine Gegensätze sind. Der Bundespräsident spricht von einer Freiwilligkeit, die Berge versetzen kann. Diese Menschen prägen

die besondere Qualität unseres Gemeinwesens. Diese Leistungsbereitschaft, so fordert unser Manifest, darf nicht durch Steuern und Abgaben erstickt werden.

Wenn nötig, legen die Allianz-Mitglieder ihr gemeinsames Gewicht in die Waagschale. Gemeinsam gehen sie auf Behörden zu, um an der Schnittstelle zwischen staatlicher Verwaltung und Vereinsleben bürgernahe Lösungen zu erreichen. Ein Verband allein kann nicht die gleiche Wirkung haben, wie der gemeinsame Auftritt einer Allianz, hinter der 1,6 Millionen Menschen stehen. Mehr als jeder zehnte Bürger des Landes. Das verleiht Schlagkraft.

Die Bürgerallianz Bayern ist parteipolitisch ungebunden, verfolgt keine kommerziellen Ziele und erhebt von den Mitgliedern keinen Beitrag. Das von uns geforderte möglichst unbürokratische Engagement leben wir innerhalb unserer Allianz. Und diesen Grundsätzen folgend, verzichtet wir bewusst auf Formalien wie Satzung oder fest gewählten Vorstand. Vielleicht oder gerade deshalb entwickelt sich die Allianz zu einem verbandspolitischen Schwergewicht, das Gehör findet in der bayerischen Landespolitik. Wir haben nicht den Anspruch, Bayern zu verändern, aber wir wollen nicht alles den Institutionen überlassen. Sondern mithelfen, ein solidarisches und gelungenes Miteinander zu gestalten. Ein lebendiges Vereinsleben, wie es die Mitglieder unserer Allianz gestalten, schafft Identität, und Identität schafft Heimat. ▲

Augsburg in Paris

Entdeckungen im Louvre und anderswo – Eine 39-Euro-Wochend-Tour

Wolfgang Minaty

Wir sind von Augsburg in die Hauptstadt Frankreichs gereist und stehen im Louvre. Im Untergeschoss. Lächelt sie? Ja doch, sie lächelt. Sie hat den Kopf apart zur Seite geneigt, während sie nach unten blickt. Etwas verlegen, wie es scheint. Ob das an ihrer Nacktheit liegt? Sie ist splitterfasernackt, notdürftig nur durch ihr lang herab wallendes Haar bedeckt. Vielleicht ist sie auch nur mit sich zufrieden, so eine Art Femme fatale hinter Panzerglas. Die japanischen Kameras klicken eifrig.



Bild: Louvre

Jedenfalls ist sie eine schöne Frau. Eine schöne Augsburgerin. Für die Franzosen ist sie landläufig die „Belle Allemande“, die Schöne Deutsche. Offiziell nennt man sie im Louvre die „Heilige Maria Magdalena“.

Sie kommt tatsächlich aus Augsburg, wurde von dem sensiblen Bildhauer Gregor Erhart um 1520 geschaffen, in Holz, und fand in der damaligen Dominikanerkirche in Augsburg Aufstellung, genauer gesagt: wurde von Engeln als Hängefigur gehalten. Wie lang sie dort verblieb, weiß man nicht. Die Augsburger dürften sie geliebt haben. 1902 wurde sie nach Paris verkauft, seither gehört sie dem Louvre und zählte bald zu den Glanzstücken. Klar, man muss die Mona Lisa gesehen haben oder die Venus von Milo oder die Nike von Samothrake. Aber das Faltblatt des Museums belehrt den Besucher, dass zu den 24 Hauptattraktionen, die man nicht verpasst haben sollte, die Schöne Deutsche gehört.

Ganz vergessen war sie in Augsburg nie. Im Gegenteil, im Römischen Museum, das heute in der Dominikanerkirche untergebracht ist, vermisst man sie sehr. „Wir hätten sie liebend gerne zurück“, wie Manfred Hahn, der kommissarische Direktor des Museums, eingesteht. Doch mehr als ein Achselzucken bleibt ihm nicht. Aber einmal hellhörig geworden, schauen wir uns im Louvre etwas genauer um. Dass der 1497 in Augsburg geborene Hans Holbein der Sammlung angehört, verwundert nicht, schon eher, dass auch Johann Heinrich Schönfeld, dem 1684 in Augsburg gestorbenen Barockmaler, diese Ehre widerfahren ist, und zwar mit einem seiner dunklen Bilder, hier der „Heiligen Dreifaltigkeit“. Und der Zufall will es, dass in einer verdrückten, nur schwach beleuchteten Ecke der zweiten Etage des Nordflügels ein gewisser Anton Mozart darauf

wartet, entdeckt zu werden. „Ansicht eines Hafens“ heißt sein Bildchen, nur 30 Zentimeter groß, im Stile der Niederländer gemalt, mit viel Volk und Segelschiffen. Es erinnert ein bisschen an die Nachtmahre eines Hieronymus Bosch, aber auch an die Leutseligkeit der Bruegels und nicht zuletzt an die Zartheit eines Elsheimer. Dass Mozart aus Augsburg stammt, stand zu vermuten, trägt er doch einen berühmten Namen. Aber er, der 1573 in Augsburg geboren und 1625 hier gestorben ist, gehört nicht zu den direkten Vorfahren der Musikerfamilie.

Dieser begegnen wir dann doch noch, und zwar in der Kirche Saint-Eustache, zwei Straßenecken hinterm Louvre. Dort kniete und weinte Wolfgang Amadeus Mozart um seine Mutter, mit der er, von Augsburg her kommend, auf Konzerttour nach Paris gereist ist. Anna Maria Mozart starb hier 1778 und ist auf dem Friedhof von Saint-Eustache beerdigt worden. Da man das genaue Grab nicht kennt, hat man in der mächtigen Kirche wenigstens eine Erinnerungstafel angebracht.

Wie wär's, wenn wir öfter mal nach Paris fahren? Wir müssen es ja nicht gleich übertreiben und für Monate bleiben, so wie seinerzeit Napoleon III., Kaiser der Franzosen, der umgekehrt in jungen Jahren nach Augsburg kam, um dort die Schulbank zu drücken. Habe ich schon erwähnt, dass Paris nur fünfeneinhalb Stunden von Augsburg weg ist? Nach Berlin dauert es länger. Abfahrt Augsburg 6.57 Uhr, Ankunft Paris 12.38 Uhr. Täglich. Mit der Bahn. Von München eine halbe Stunde früher (6.27 Uhr). Am Wochenende mit geringfügig geänderten Fahrzeiten. Die Ansagen im flotten TGV auf Deutsch und auf Französisch. Für schlappe 39 Euro, frühzeitig gebucht. Kein (anspruchsvolles) Lexikon ist billiger. ▲

Nahe dem Louvre erinnert in der Kirche Saint Eustache eine Tafel an Mozarts Mutter Anna Maria, die 1778 in Paris gestorben ist.



Wolfgang Minaty, 1947 in Garmisch-Partenkirchen geboren, war Feuilleton-Redakteur der Tageszeitung *Die Welt*, lebt in München und schreibt für deutsche und österreichische Zeitungen.

Fürstlich Castell'sche Bank – die älteste Bank Bayerns

Ein Haus, das immer auf der Höhe der Zeit geblieben ist

Im Park Schloß Rüdenhausen

Die Fürstlich Castell'sche Bank gehört heute zu den wenigen noch gänzlich im Familienbesitz befindlichen und damit unabhängigen Privatbanken Deutschlands. Mit ihren Schwerpunkten in der privaten Vermögensverwaltung und dem Firmenkundengeschäft zählt sie seit dem achtzehnten Jahrhundert zu den fest in Süddeutschland verankerten Kreditinstituten. Mit einer zeitgemäßen und wettbewerbsfähigen Ausrichtung ist die Bank auf die Herausforderungen der Zukunft hervorragend vorbereitet. Diese Position des Hauses hat eng mit ihrer Geschichte und der Geschichte der beiden Eigentümerfamilien Castell-Castell und Castell-Rüdenhausen zu tun.

Zunächst wird sich mancher, der sich mit der Familie Castell beschäftigt, die Frage stellen, warum denn fürstlich, die Castells sind doch ein Grafengeschlecht. Das waren sie seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts und blieben es, bis der bayerische Prinzregent Luitpold beide Linien des Hauses Castell, nämlich Castell-Castell und Castell-Rüdenhausen, im Jahre 1901 in den erblichen bayerischen Fürstenstand erhob. Seitdem ist der jeweilige Chef des Hauses Fürst und sein die Erbschaft der ehemaligen Herrschaft antretender, – meist erstgeborener – Sohn Erbgraf.

Die früheste bekannte urkundliche Erwähnung der Grafen Castell stammt aus dem 11. Jahrhundert; damit zählen sie zu den ältesten Familien des deutschen Uradels. Bis zum Ende des Heiligen Römischen Reiches im Jahre 1806 waren sie reichsunmittelbar, also souverän, nur mit dem römischen Kaiser über sich. Zu ihren herrschaftlichen Privilegien gehörten etwa die eigene Gerichtsbarkeit und das Recht zur Münzprägung, sie nahmen Steuern ihrer Untertanen ein und konnten Zölle erheben. Nachdem ebenfalls im Jahre 1806 das Kurfürstentum Bayern aufgrund seiner Bündnistreue zum kaiserlichen Frankreich von Napoleon zum Königreich erhoben worden war, verlebte es sich mit Hilfe der Rheinbundakte mit dem größten Teil Frankens auch die Grafschaft Castell mit ihren etwa 10.000 Einwohnern ein. Damit war die staatsrechtliche Selbständigkeit der Grafschaft nach mehr als sieben Jahrhunderten beendet. Nicht aber Unternehmegerist und Verantwortungsgefühl, welche sich die Familie in ihrer langen Geschichte stets erhielt.

Zu der Land- und Forstwirtschaft sowie dem Fürstlich Castell'schen Domänenamt, dem Weinbau, welchen die Familie seit nunmehr etwa 750 Jahren betreibt, gesellte sich zu Beginn des Jahres 1774 ein vierter Betrieb, nämlich das Bankhaus hinzu.

Vorangegangen war eine vor allem von Missernten ausgelöste Hungersnot in der Grafschaft, welche die Notwendigkeit einer nachhaltigen Vorsorge für ihre Bevölkerung spürbar machte. Deshalb wurde die Gräflich Castell-Remlingen'sche Landes-Credit-Cassa gegründet, um vor allem die Bauern, Handwerker und Händler der Region in ihren wirtschaftlichen Aktivitäten zu unterstützen, die Erträge ihrer harten Arbeit zinsbringend anzulegen, um sie so für Notzeiten abzusichern. Zudem konnten sie im Bedarfsfall günstige und damals innovative Festsatzkredite mit fester Laufzeit für den Ausbau ihres Betriebes aufnehmen. So konnte die Bank ihren Kunden über die Zeit zu privatem Eigentum und Wohlstand verhelfen.

Zum Wohle des Landes

„Zum Wohle des Landes“ so hieß es damals in einer Chronik, und dieses Prinzip der Bank führte in der Grafschaft schnell zur Beseitigung des damals weitverbreiteten Wuchers. Im Jahre 1857 wurde zusätzlich die Gräflich Castell'sche Neue Credit-Casse gegründet, die sich auf das Firmengeschäft und die Vermögensverwaltung konzentrierte. Beide Häuser wurden 1941 zur heutigen Fürstlich Castell'schen Bank fusioniert. Eigentümer der Bank sind seit der Gründung zu gleichen Teilen die beiden Familienstämme Castell-Castell und Castell-Rüdenhausen. Inzwischen hat sie neben ihrer Zentrale in Würzburg 17 Standorte, vor allem in Franken, aber auch im übrigen Bayern und in Baden-Württemberg.

In erster Linie Unternehmer

Mit der Aufteilung in ihre vier Wirtschaftsbetriebe zeichnet die Fürsten Castell ein Unternehmertum aus, das umfassende Erfahrungen in den Belangen eines mittelständischen Familienunternehmens sammeln konnte. Deshalb ist das familieneigene Bankhaus nicht nur Finanzdienstleister, sondern auch selbst Unternehmer, der andere Unternehmer, oft ebenfalls mittelständische Unternehmerfamilien, versteht und entsprechend beraten kann. Die Unabhängigkeit und der Erfahrungshorizont der Bank schaffen hier ein besonderes Vertrauensverhältnis, um Fragestellungen, die oft weitreichende Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung des Unternehmens haben, frühzeitig zu erörtern und dabei maßgeschneiderte Lösungswege zu beschreiten.

So hat sich aus dieser aus Verantwortungsbeusstsein und Fürsorgemotiven gegründeten Einrichtung im Laufe der Zeit eine moderne, leistungsorientierte Privatbank entwickelt, die in

ihrer Professionalität nicht nur innovations- und wettbewerbsfähig ist, sondern sich die Motivation und Vision, mit denen das Haus von Anfang an geführt wurde, bewahrt hat.

Bei einer Privatbank mit einer so langen Geschichte spricht man gerne von einem Traditionshaus. Doch was bedeutet Tradition heute konkret für die Kunden des Hauses? Sie ist vor allem Hinweis auf die Werte, die für die Arbeit der Bank prinzipiell sind: Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit im Umgang mit seinen Kunden und ihrem Vermögen. Wie in der Forstwirtschaft, in der das Angepflanzte oft erst Generationen später geerntet werden kann, gilt auch im Bankbetrieb der Grundsatz der Nachhaltigkeit im Umgang mit den anvertrauten Ressourcen.

Die wichtigsten Grundsätze der gegenwärtigen Geschäftspolitik sind in den Anlagerichtlinien des Hauses verankert

Hierzu zählen vor allem die langfristige reale Bewahrung des verwalteten Vermögens anstatt einer risikobehafteten Maximierung der Rendite, eine breite Aufteilung des Vermögens auf verschiedene Anlageklassen zur Vermeidung von Klumpenrisiken, Sicherstellung der Nachvollziehbarkeit von Anlageentscheidungen durch eine transparente Allokation des Vermögens, ein ausgeprägtes, kundenorientiertes Kostenbewusstsein sowie erfolgsabhängige Teile der Vergütungsstruktur. Diese Anlagerichtlinien dienen der Durchsetzung der Maxime des Hauses, Expertise und Leistung einer zukunftsorientierten Bank mit den seit Jahrhunderten bewährten Prinzipien der auf das Wohl des Kunden ausgerichteten Sicht einer familieneigenen Privatbank zu verbinden. Und sie sind ein zeitgemäßes Beispiel für den Willen des Hauses, sich neuen Zeiten und ihren Veränderungen mit Offenheit und Gestaltungskraft zu stellen.

Durch diese Fähigkeit und Bereitschaft, sich den Wandlungen der Zeiten und dem damit verbundenen Fortschritt an Wissen und Technik anzupassen, ohne seinen Prinzipien untreu zu werden, ist es dem Hause gelungen, über die Jahrhunderte eine der letzten konzernunabhängigen Privatbanken Deutschlands im alleinigen Familienbesitz zu bleiben. Dieses unschätzbare Gut, welches von anderen vergleichbaren Banken oft genug verspielt wurde, im Interesse seiner Kunden und der Gesellschaft zu schützen und damit sein Wesen zu bewahren, wird für das Fürstlich Castell'sche Bankhaus in allen seinen unternehmerischen Entscheidungen stets unantastbares Gebot bleiben.



Sandsteinrelief des Wappens der Familie Castell auf dem Gebäude des Fürstlich Castell'schen Archivs in Castell

Ansprechpartner bei der Fürstlich Castell'schen Bank:

*Oliver Frank
Telefon 089.1711927-14101
oliver.frank@castell-bank.de*

*Wolfgang Graf zu Castell-Castell
Telefon 0911.58670-64300
wolfgang.castell@castell-bank.de*

„Wer in München etwas Großes braucht, kommt zu uns“

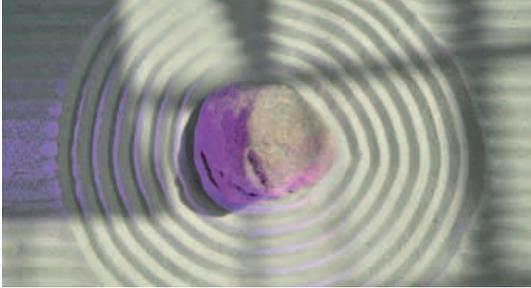
Interview mit Paul Peters, Complex General Manager der beiden Hotels Westin Grand München und Sheraton München Arabellapark von Bernd Nobis

Jeffrey Fletcher (39), Managing Director eines international tätigen IT Unternehmens verbringt viel Zeit im Flugzeug. Nach einem 11 Stunden Trip von Los Angeles steht er nun am Check-in-Counter des Westin Grand Hotels in München. Die Formalitäten sind rasch erledigt, denn Fletcher zählt zu den Starwood Preferred Guests (SPG), einem ausgeklügelten Kundenbindungs-Programm, dem rund 1200 Hotels der Gruppe weltweit angeschlossen sind. Da genügt ein Blick in die Datenbank und alle wichtigen Informationen über den Gast sind sofort verfügbar. Fletcher weiß das zu schätzen. Wenige Minuten nach seiner Ankunft serviert ihm der Etagenkellner seinen geliebten Kamillentee mit Honig, ein Ankunftsritual auf das dieser Gast größten Wert legt. Fletcher entspannt. Fortan weiß er sich in guten Händen: Welcome in the world of Starwood.

Seit Anfang 2013 steht der 43-jährige Paul Peters als Komplex General Manager an der Spitze der beiden Hotels Westin Grand München und Sheraton München Arabellapark Hotel. Zuvor leitete Peters ebenfalls in der Position eines General Managers über vier Jahre erfolgreich das Sheraton Stockholm Hotel und davor drei Jahre das Westin Rotterdam. Peters verfügt über einen breiten Erfahrungsschatz in wichtigen Hotelbereichen u.a. als Director of Revenue Management, Front Office Manager, sowie Room Divisions Manager. Peters führt in seiner neuen Position ein Team von 450 Mitarbeitern.



Zengarten (links) und innovativer Meetingraum „Tangent“ für spontane Zusammenkünfte in kleinem Kreis und mit bester technischer Ausstattung (rechts).



Der Peutingen: Herr Peters, Starwood, Westin Grand, Sheraton, Arabella – viele Namen, ein Absender – strapaziert man damit nicht das Markenbewusstsein der Gäste?

Paul Peters: Was Sie ansprechen ist ein ausschließliches Münchner Phänomen und geht auf die 90er Jahre zurück als Sheraton und Arabella mit einem Doppelbranding auftraten. Unsere Gäste werden dadurch keineswegs irritiert, sie fühlen sich in aller Regel unter dem Starwood-Dach im Wortsinne pudelwohl. Aber Sie haben schon recht: Es gilt unsere Marken trennscharf zu positionieren und zu pflegen.

DP: Wie werden Sie diesem Anspruch gerecht?

Peters: Im Jahr 2005 hat Starwood die Manager aller damaligen Hotels, also von Sheraton und Westin, zum Markenworkshop nach San Diego geholt. Dort wurden für beide Marken unsere „Core Values“ erarbeitet, deren konsequente Umsetzung und weitere Optimierung seitdem von höchster Priorität sind.

DP: Wie darf man sich das auf den Gast übertragen vorstellen?

Peters: Oberstes Gebot ist natürlich, dass sich unsere Gäste sofort wohlfühlen sollen, gleich bei der Ankunft und während des gesamten Aufenthalts. Und bei der Abreise sollte schon ein bisschen Wehmut nach dem „nächsten Mal“ aufkommen. In Studien haben wir zudem herausgefunden, was z.B. typische Westin-Gäste schätzen und was hingegen Sheraton-Bucher. So sind der Service und die Angebote jeder Marke seinen Gästen angepasst worden – und wird es immer noch! Sheraton-Gäste schätzen soziales Leben und körperliche Fitness. Das fördern wir z.B. mit unserer „Social Hour“, einem allabendlichen Weindegustations-Programm, oder Sheraton Fitness by Core Performance, einem ausgeklügelten Fitnessangebot, das sich durchs ganze Haus zieht. Es basiert auf der Core-Philosophie von Fitness-Koryphäe und Sheraton-Partner Mark Verstegen, der u.a. die deutsche Nationalelf coacht. Letzterer hat erst vor kurzem unsere Baustelle im Sheraton München Arabellapark Hotel besucht, wo in Bälde ein State-of-the-Art Sheraton Fitness entstehen wird, in der 23. Etage mit fantastischem Blick über München.

DP: Können große, international aufgestellte Business Hotels noch individuell auf ihre Gäste eingehen?

Peters: Wir jedenfalls haben diesen Anspruch und setzen das auch um. Wir versuchen auch unausgesprochene Wünsche der Gäste zu errahnen und zu erfüllen, ihre Stimmungen zu erfassen und darauf einzugehen.

DP: Dazu bedarf es hoher empathischer Fähigkeiten...

Peters: ...genau das ist es, was von serviceorientierten Mitarbeitern im Dienstleistungsgewerbe – und dazu zählt das Hotelbusiness – in hohem Maße erwartet wird. Ein erfahrener Empfangschef oder Concierge hat damit keine Probleme – sie „lesen“ den Gast und damit seine Wünsche von den Augen ab, wie man so schön sagt – genau wie unsere Restaurant- und Bankett Manager. Wir fragen uns: Wie können wir ein Feeling dafür entwickeln, was Gäste

wollen? Wie können wir Service alter Schule durch moderne Beratung verfeinern?

DP: Dass heißt Hotelangestellte sind mehr und mehr Gästeberater? Verstehen wir Sie da richtig?

Peters: Natürlich nicht alle, aber für unsere Führungskräfte gilt das allemal. Der Beratungsbedarf der Gäste ist immens. Das reicht von der richtigen Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in einer Stadt über Restaurant-, Bar- und Theatertipps bis zur Vermittlung von Ärzten, Rechtsanwälten, Friseuren und der Auswahl und Besorgung von Geschenken. Wir buchen und stornieren Flüge und besorgen hin und wieder für längst ausverkaufte Veranstaltungen noch Tickets zu akzeptablen Preisen. Wir haben hier ja auch Dauergäste, die z.B. beruflich bedingt längere Zeit bei uns verbringen und die sind geradezu darauf angewiesen, dass wir ihnen ihre Alltagsorgen abnehmen.

DP: Sind die beiden von Ihnen geleiteten Hotels in spezieller Weise Münchner Hotels oder spielt die Verbindung zum Standort für Sie eine eher untergeordnete Rolle?

Peters: Wir sind zwar eine amerikanische Marke, aber das Westin Grand München trägt eben auch den Namen der Stadt im Firmenschild. Schon deshalb bemühen wir uns sehr um lokale Zielgruppen, sei es im institutionellen Bereich oder auch im Privatkundengeschäft.

DP: Die Münchner kommen zu Ihnen zum Essen?

Peters: Unsere gastronomischen Angebote sind vielfältig, auf hohem Niveau und genießen eine ausgezeichnete Reputation. Nehmen Sie z.B. unseren Paulaner Biergarten – dort treffen Sie reichlich Stammgäste. Aber auch unser Sonntagsbrunch und der Fischmarkt am Freitagabend werden hervorragend angenommen, ganz speziell auch von jungen Familien. Die Eltern können dann beim Brunch ihre Kinder unseren Betreuern im Kids Club überlassen und so den Vormittag ungestört mit Freunden genießen. Viele Bogenhausener machen von diesem Angebot gerne Gebrauch. Und nicht zu vergessen: Diese Leute reisen auch viel und wissen dann sehr genau, was sie von einem anderen Westin irgendwo auf der Welt erwarten dürfen.

DP: Das bringt uns zum internationalen Business zurück. Sind die großen Münchener Hotels lediglich Konkurrenten oder arbeitet man in bestimmten Fällen auch zusammen?

Peters: Die meisten Häuser hier sind Mitglied der Münchner Hotel Alliance, deren Hauptaufgabe darin besteht, den Tourismus auf hohem Niveau am Laufen zu halten und auch neue Events nach München zu ziehen. Da wird super gut zusammengearbeitet. Davon profitieren alle.

DP: Sie profitieren davon mit Ihren beiden Häusern am allermeisten?

Peters: Mit insgesamt 1073 Zimmern und Suiten, vier Restaurants und zwei Bars und einem der größten Konferenzzentren in Süddeutschland spielen wir da sicher eine herausragende Rolle. Wer in München wirklich Großes braucht, kommt an uns nicht vorbei. ▲

Teure Energiewende

Nutzung der Energie in sozialer Verantwortung

Ist die Energiewende noch bezahlbar? Wieso steigen die Strompreise für die Kunden, während sie an der Strombörse in den Keller rauschen? Bedroht der hohe Strompreis auch die bayerische Wirtschaft? Aktuelle Themen und brisante Fragen der dritten Energiekonferenz, zu der das Peutingering-Collegium hochkarätige Fachleute aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft nach München eingeladen hat. Geleitet wurde die eintägige Konferenz von Michael Funke, dem Peutingering-Prokurator für Energie.



Schmerzlich spürbar – Dr. Gerd von Laffert, Leitender Ministerialrat, Bayerisches Wirtschaftsministerium

Um das wichtige Dreieck jeder Stromversorgung – sauber, bezahlbar und sicher – bei der Energiewende in Deutschland zu erhalten, sind einige Reformen notwendig, mahnt Gerd von Laffert, Leitender Ministerialrat im bayerischen Wirtschaftsministerium und zuständig für den Energiebereich. „Wir stehen unter hohem Zeitdruck.“ Für Betriebe sei der steigende Strompreis bereits „schmerzlich spürbar“, der Netzausbau müsse rasch vorangehen und für Kraftwerke, die auch in wind- und sonnenlosen Stunden zur Versorgungssicherheit notwendig sind, müsse es neue Rahmenbedingungen geben. Laffert plädiert für deutliche Änderungen bei der Einspeisevergütung. ■



Mehr Markt bei Sonne und Wind – Dr. Georg Nüßlein, CSU-Bundestagsabgeordneter

„Es wird kein Stein auf dem andern bleiben“, umschreibt der CSU-Bundestagsabgeordnete Georg Nüßlein die notwendigen Änderungen an den bisherigen Vergütungen für Strom aus Wind, Sonne und Biomasse. Die Berechnungen für das Erneuerbare-Energien-Gesetz, kurz EEG, müssten grundlegend geändert werden. „Schon jetzt“, mahnt der energiepolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, „wälzen wir aus der bisherigen EEG-Umlage jährlich 16 bis 20 Milliarden vor uns her.“ Diese Vergütungen für Solar- und Windparkbesitzer sind auf 20 Jahre garantiert und können nicht rückwirkend verändert werden. Deshalb sei für künftige Anlagen ein Kapazitätsmarkt mit lastflexiblen Preisen notwendig. Die größte Herausforderung der nächsten Zeit sei allerdings, mit den bereits vorhandenen Kapazitäten erneuerbarer Energie eine sichere Versorgung rund um die Uhr aufzubauen. ■



Wärme aus der Tiefe – Dr. Florian Bieberbach, Vorstandschef der Münchner Stadtwerke

Ehrgeizige Ziele zur Energiewende haben die Stadtwerke München. „Wir wollen bis 2025 so viel Ökostrom in eigenen regenerativen Anlagen produzieren, wie ganz München verbraucht“, betont Stadtwerke-Vorstandschef Florian Bieberbach. Zu der „Ausbauoffensive Erneuerbare Energie“ zählen Solar-, Wind- und Wasserkraftanlagen sowie Biogas und Geothermie von Spanien bis Schweden. Zudem will die bayerische Landeshauptstadt bis 2040 die erste deutsche Großstadt sein, in der die Fernwärme zu 100 Prozent aus regenerativen Energien gewonnen wird. Dazu zählt auch das Geothermie-Heizkraftwerk Riem, das 93 Grad heißes Thermalwasser aus 3000 Metern Tiefe holt und bereits 88 Prozent des Wärmebedarfs der Messestadt Riem deckt. ■



Dezentrale Zukunft – Joachim Goldbeck, Geschäftsführer der Goldbeck Solar GmbH

Der Energiemarkt wird sich grundlegend und nachhaltig verändern, betont Joachim Goldbeck, Geschäftsführer von Goldbeck Solar GmbH. Eine große Rolle dabei werden dezentrale System bei Erzeugung und bei den Netzen spielen. So kann Strom über Kraft-Wärme-Kopplung wirtschaftlich erzeugt, das Gasnetz als Energiespeicher genutzt und eine stabile Stromversorgung auch bei längerem Stromausfall gesichert werden. Goldbeck: „In einem künftigen intelligenten Netz kann Strom an Ort und Zeit erzeugt werden, wo und wann Bedarf ist.“ In diesem dezentralen Aufbau würden zentrale Erzeuger ihre Dominanz verlieren. ■



Synergien nutzen – Prof. Dr. Michael Weinhold, CTO im Sektor Energie der Siemens AG

Die Chance der Energiewende sieht Professor Michael Weinhold von der Siemens AG im Aufbau integrierter Energiesysteme. Dazu seien drei Schritte notwendig: Den Energiemix von fossilen und erneuerbaren Anlagen zu optimieren. Als Beispiel erwähnt er die Siemens-Gasturbine, deren Wirkungsgrad von über 60 Prozent Weltrekord ist und die, falls notwendig, innerhalb von 30 Minuten am Netz sein kann. Zweitens müsse die Effizienz bei Erzeugung, Verteilung und Speicherung erhöht werden. Dazu gehörten auch neue Hochspannungsleitungen mit immer geringeren Verlusten. Und schließlich müssten Strom, Wärme und Gas besser vernetzt und überregionale Synergien wie Smartgrids optimiert werden. ■

Keine Rendite ohne Risiko

Chancen können dennoch weitestgehend genutzt werden

Der Leitzinssatz befindet sich auf einem historischen Tiefstand. Bauherren freuen sich über günstige Kredite, Anleger aber sorgen sich um ihr Vermögen: Die Inflation nagt am Ersparten. Dagegen hilft nur ein aktives Risikomanagement durch erfahrenen Vermögensverwalter, meint Jürgen Heitzmann, Münchner Bereichsleiter Private Banking beim Privatbankhaus Donner & Reuschel, im *Peutinger*-Gespräch.

Der Peutinger: Herr Heitzmann, wie reagieren Ihre Kunden auf die anhaltend niedrigen Zinsen?

Jürgen Heitzmann: Unsere Kunden haben erkannt, dass wir uns für sichere Anlagen dauerhaft auf ein Zinsniveau nahe Null einstellen müssen. Derzeit findet nach Inflation jedes Jahr eine Wertvernichtung von 1 bis 2 Prozent statt. Also muss der Anleger – und das ist völlig neu – eine höhere Risikobereitschaft mitbringen, um nur den Realkapitalerhalt zu erreichen.

DP: Wie lösen Sie dieses Dilemma?

Heitzmann: Neben der Diversifikation des Vermögens bieten wir unseren Kunden ein aktives Risikomanagement an, damit die Risiken, die wir eingehen, nach Möglichkeit nicht eintreten werden. Chancen sollen aber natürlich weitestgehend genutzt werden.

DP: Risiken eingehen und sie gleichzeitig vermeiden: Wie kann das funktionieren?

Heitzmann: Unsere Vermögensverwalter haben über viele Jahre eine Systematik entwickelt, die uns signalisiert, wenn sich eine Trendwende etabliert. In einem solchen Fall handeln wir sehr konsequent und reduzieren die Aktienquote in unseren Kundenportfolien, gegebenenfalls sogar bis auf Null. Erst wenn sich wieder ein steigender Markt etabliert hat, wird der Aktienanteil wieder aufgebaut. Mit dieser Vorgehensweise verkaufen und kaufen wir zwar nicht am optimalen Punkt, wir vermeiden aber alle großen Abwärtsbewegungen und partizipieren an den nachhaltigen Aufwärtsbewegungen.

DP: Und das funktioniert tatsächlich?

Heitzmann: Die Ergebnisse der letzten Jahre können sich sehen lassen. Die Renditen sind sehr gut, und das bei einem begrenzten Risiko.

DP: Viele Anleger fürchten, durch eine Vermögensverwaltung die Kontrolle über ihr Geld zu verlieren.

Heitzmann: Da haben wir andere Erfahrungen. Viele unserer Kunden möchten sich in ihrer freien Zeit lieber mit den schönen Dinge im Leben befassen und nicht mit ihren Finanzen. Mit unserer Vermögensverwaltung übernehmen wir für den Kunden – natürlich unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse – die Planung der grundsätzlichen Vermögensaufteilung, die laufende Überwachung und Anpassung des Depots, die Auswahl der passenden Investments und die stringente Begrenzung von Risiken im vereinbarten Rahmen.

DP: Ab welcher Anlagehöhe bieten Sie dieses Konzept an?

Heitzmann: Eine Vermögensverwaltung gibt es bei uns ab 250.000 Euro.

DP: Viele investieren derzeit in Immobilien, gleichzeitig wird von einer Immobilienblase gewarnt. Wie stehen Sie dazu?

Heitzmann: Immobilien gehören zu einer guten Vermögensaufteilung. Für Investitionsüberlegungen sollten aber unbedingt Experten hinzugezogen werden, denn der Immobilienmarkt ist sehr differenziert zu betrachten, insbesondere bei den inzwischen deutlich gestiegenen Preisen. ▲

Privatbank seit 1798

1798 gründete der erst 24-jährige Hamburger Kaufmann und Reeder Conrad Hinrich Donner die nach ihm benannte Bank. Über 200 Jahre später, im Jahr 2010, schloss sich das Hamburger Bankhaus mit der 1947 gegründeten Münchner Traditionsbank Reuschel & Co zu Donner & Reuschel zusammen. Das Bankhaus mit Sitz in Hamburg und München bietet sämtliche modernen Bankdienstleistungen für



private Kunden, Unternehmer und institutionelle Anleger: von der Finanzierung und Vorsorge über soliden Vermögensaufbau bis zum dauerhaften Erhalt und Ausbau von Vermögenswerten. Der Stil der Privatbank ist geprägt von dem Dreiklang „privat, diskret und sehr persönlich“. Mit dem Versicherungs- und Finanzdienstleistungskonzern Signal Iduna Gruppe hat das Bankhaus einen finanzkräftigen Partner an seiner Seite. Donner & Reuschel wurde mehrfach ausgezeichnet, darunter 2009 und 2010 als Hamburgs bester Arbeitgeber.

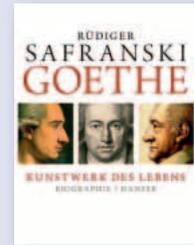


Jürgen Heitzmann ist Bereichsleiter Private Banking beim Privatbankhaus Donner & Reuschel in München.

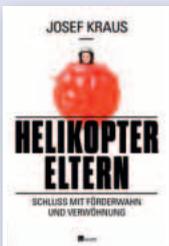
Hausbuch der Gebildeten

Das Genie aus Weimar ließ Zeitungen eine Weile liegen, ehe er sie las, um sich so „der Ferne der Ereignisse zu vergewissern“, notiert Rüdiger Safranski in seiner neuen Goethe-Biographie. Das sagt viel aus über die selbstsichere Gelassenheit des großen Deutschen wie auch über den geistigen Tiefflug einer twitter-nervösen Welt von heute. Und es ist ein kleiner, reizvoller Aspekt in einem grandiosen Werk über den Dichter, Minister, Gelehrten und Menschen aus Weimar. Safranski, eloquenter Porträtist der deutschen Geistesgeschichte, zeigt vor historischem Hintergrund Goethes Werk und Dasein als gelungenes Leben und monumentales Gesamtkunstwerk zugleich. Eine „faszinierende Deutung seiner Vita“, schreibt der *Spiegel*, und die *FAZ* meint gar, das Buch werde „ein Hausbuch der Gebildeten“. Ein Gewinn für jeden, dem es gelingt, das iPhone 740 Seiten lang auszuschalten.

Rüdiger Safranski: **Goethe – Kunstwerk des Lebens**, Biographie, Hanser Verlag, München, 748 Seiten, 27,90 €



Maßgeschneiderte Premiumkinder



Erziehung, meint der langjährige Lehrerpräsident und erfahrene Oberstudiendirektor Josef Kraus, ist seit Jahrtausenden das Alltägliche von der Welt. Und schon immer gab es gute und schlechte Eltern. Doch heute hat sich eine besondere Spezies Erziehungsberechtigter herausgebildet: Väter und Mütter, die ihrem Nachwuchs jeden Wunsch erfüllen und ihm mit absoluter Kontrolle jede Unannehmlichkeit fernzuhalten trachten. Kraus nennt sie Helikopter-Eltern, die wie Beobachtungsdrohnen über ihren Kindern schweben und mit umgreifendem Förderwahn maßgeschneiderte Premiumkinder formen wollen. Kraus setzt ein engagiertes Buch dagegen, erinnert daran, dass Erziehen nur begrenzt planbar ist, aber sehr wohl heißt, Kinder auch in Anspruch zu nehmen. Kinder wollen auch stolz auf sich sein, dazu aber müsse man ihnen mehr zutrauen und auch mehr zumuten. Doch Trost hat der Pädagoge auch parat: Die Zahl der Helikopter-Eltern wie auch am anderen Ende derjenigen, die ihre Kinder vernachlässigen, schätzt er jeweils auf zehn bis fünfzehn Prozent. Das aber heißt: Die große Mehrheit sind Eltern mit Vernunft und Verstand.

Josef Kraus: **Helikopter-Eltern**, Schluss mit Förderwahn und Verwöhnung, Rowohlt Verlag, Hamburg, 224 Seiten, 18,95 €

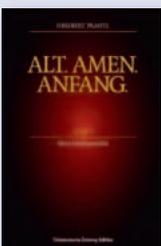
Gewaltige Worte von oben

Am 3. Oktober in diesem Jahr war es ein viertel Jahrhundert her, dass ein Gewaltiger wie vom Blitz gefällt wurde: Franz Josef Strauß, ebenso gefeierter wie angefeindeter Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender, starb unerwartet mitten im politischem Schaffen. Er war einer der prägenden Politiker der deutschen Nachkriegszeit, legte den Grundstein für das moderne Bayern und brachte gegen erheblichen Gegenwind den Airbus zum Fliegen. Und noch heute hört man: Was hätte wohl Strauß dazu gesagt? Nun wissen wir es: Zum 25. Gedenktag brachte der Kabarettist und Strauß-Wiedergänger Helmut Schleich das posthume Tagebuch des Verstorbenen heraus. Gemeinsam mit seinem langjährigen Co-Autoren Thomas Merk ließ er mit gewaltigen Worten von oben die Politik drunten auf Erden kommentieren. Eine vergnügliche und gelegentlich auch nachdenkliche Lektüre. Allerdings würde ein FJS-Hörbuch den Genuss erheblich steigern. Also: Herr Schleich, geben Sie bald dem Tagebuch die kraftvolle Strauß-Stimme.

Helmut Schleich/Thomas Merk: **Franz Josef Strauß**, Mein Tagebuch – von 1988 bis heute, Droemer Verlag, München, 252 Seiten, 14,99 €



Denkanstößig



Prantl – sechs Buchstaben, die polarisieren. Den einen denkt und kommentiert er aus dem Herzen, den anderen ist er ein fast tägliches Ärgernis bei der Lektüre der *Süddeutschen*, auf die sie dann aber doch nicht verzichten möchten. Heribert Prantl ist streitbar und anstößig. Auch denkanstößig für die, die seine politischen Ansichten nicht teilen. So auch mit seinem neuen Buch, das der Verlag nicht ohne Werbeabsicht unbequem nennt. Er fordert ein neues Miteinander in der Gesellschaft, vom Respekt für die Kinder bis zum Respekt vor den Alten. Aber anders als Prantl meint, wird über das Altern und auch über das Recht, in Ruhe „verrückt“ zu werden, nicht nur zu Weihnachten und Ostern geschrieben und gesendet. Doch damit dies noch tiefer in Herz und Hirn der Gesellschaft geht, sind Denkanstöße notwendig und hilfreich. Zum politischen Teil (Europa, Einwanderungspolitik) gilt: Siehe oben.

Heribert Prantl, **Alt. Amen. Anfang**. Neue Denkanstöße, Verlag Süddeutsche Zeitung, München, 184 Seiten, 14,90 €

Frischer Wind durch Transformation

Vortrag beleuchtet Zukunft der Verlage – Erfolgreiches Mentoring-Programm

Versinken herkömmliche Verlage in den Wogen des digitalen Fortschritts? Oder können sie durch schrittweise Transformation in der grenzenlosen Informationsflut neuen Wind in ihre Segel bekommen, die sie in eine wirtschaftliche Zukunft führt? Ohne tiefgreifenden Wandel werden sie den Wettbewerb ebenso verlieren wie einst die Segelschiffe gegen die Dampfschiffe, mahnte der IT-Projektleiter Christopher Koska bei einem viel beachteten Vortrag an der Münchner Hochschule für Philosophie. Wollen die Verlage die Zukunft mitgestalten, müssen sie, so Koska, ihr Rollenverständnis auf der medien- und informationstechnischen Ebene neu definieren.

Als Beispiel erwähnte er den Verlag Brockhaus, der im Juni dieses Jahres wegen „mangelnder wirtschaftliche Perspektive“ seine schrittweise Schließung bekannt gegeben hat, zugleich aber das Online-Nachschlagportal Brockhaus Wissensservice eine zitierfähige Alternative zur Wikipedia wurde. Der Vortrag wurde ermöglicht durch das Peutinger-Mentoring-Programm, das Peutinger-Vize-Präsident Prof. Bernd Grottel gemeinsam mit dem Präsident der Philosophie-Hochschule, Prof. Johannes Wallacher, ins Leben gerufen hat. Im Wintersemester 2012/13 wurden 15 dort Studierende von je einem Mentor aus dem Peutinger-Kreis betreut. ■

Erkenntnis zum Erfolg

Junge Peutinger diskutieren kulturelle Unterschiede und ihre Bedeutung für die Wirtschaft

Erkenne Dich selbst, auf dass Du auch die anderen erkennen kannst. Diesem Motto folgend, luden die Jungen Peutinger zu einem interkulturellen Workshop in den Räumlichkeiten von Wind River in Ismaning ein. Hintergrund für dieses Treffen war die Tatsache, dass Unternehmen, die international tätig sind, nur dann geschäftlich erfolgreich sein können, wenn ihre Mitarbeiter ein gewisses Verständnis für andere Kulturen und deren Ansätze im Geschäftsleben haben.

Dr. Nina Leffers, Professorin für internationale Unternehmensführung an der Hochschule Regensburg, und Gastgeber Robert Frank, Director Human Resources EMEA und Rechtsanwalt bei Wind River, führten die Workshop-Teilnehmer zunächst in die Grundsätze der „interkulturellen Kompetenz“ ein, d.h. wie man lernt, andere Kulturen zu verstehen und damit umzugehen. Entscheidend sei dabei zu verstehen, wie einerseits Werte, Normen und Regeln der eigenen Kultur die eigenen Emotionen und Wahrnehmungen, das Verhalten und Handeln beeinflussen, andererseits aber auch Werte, Normen und Regeln der anderen Kulturen zu kennen und diese zu respektieren. Dabei gilt: Was für uns nor-

mal ist, ist nicht unbedingt normal in anderen Kulturen, und erste Eindrücke können durchaus falsch sein und Verhaltensweisen können unterschiedlich interpretiert werden. Ein kleines, aber durchaus zu Missverständnissen führendes Beispiel: Kopfnicken bedeutet in Griechenland, Bulgarien und Albanien „nein“, Kopfschütteln dagegen „ja“.

Im Folgenden wurden verschiedene gängige Verhaltensmuster (sog. Schubladen) aufgezeigt und explizit vor allem am Beispiel „was ist typisch deutsch“ und „wie werden wir Deutsche von unseren Nachbarn gesehen“ eingehend diskutiert. Die sieben wesentlichen „typischen deutschen“ Kulturstandards sind neben einer ausgeprägten Sachorientierung die Wertschätzung von Strukturen und Regeln, ein regelorientiertes, verinnerlichtes Verantwortungsbewusstsein, exakte Zeitplanung, Direktheit in der Kommunikation, sowie Individualismus und die Trennung von Persönlichkeits- und Lebensbereichen. Dem folgte eine ausgiebige und interaktive Diskussion über Besonderheiten verschiedener europäischer Kulturen von Österreich bis Frankreich, sowie auch über die pakistanische, türkische und israelische Kultur. ■

Bücher unserer Mitglieder

Erfolgreiche Familien

Familienunternehmen sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und der Garant für Innovation und sichere Arbeitsplätze. Um ihren Erfolg nachhaltig zu sichern, sind neben der starken Familie spezifische Führungs- und Kontrollstrukturen erforderlich. In einen kompakten Management-Ratgeber haben Wirtschaftsmediator Alexander Koeberle-Schmid und Bernd Grottel, KPMG-Vorstand und Peutinger-Vizepräsident, mit ihrem Team viele nützliche Best-Practice-Tipps gesammelt. Vom Risikomanagement über Familienfortbildung bis zur gerade bei Familienunternehmen so wichtigen Nachfolgeregelung. Zudem geben namhafte Unternehmern exklusive Einblicke in ihre Erfolgspraxis. ■



Alexander Koeberle-Schmid/
Bernd Grottel (Hrsg.)

Führung von Familienunternehmen

Ein Praxis-Leitfaden

Erich-Schmidt Verlag, Berlin

223 Seiten

29,95 €



Nachruf

Nur wenige Tage vor seinem 80. Geburtstag ist das langjährige Peutinger-Mitglied Dr. Alexander Gontard in Gröbenzell gestorben. Überrascht und bestürzt sprach Peutinger-Präsident Marcus Ernst der Witwe seine tiefe Anteilnahme aus: Das Peutinger-Collegium verliert einen „aufrichtigen, treuen und immer äußerst zuvorkommenden Freund“. Dr. Gontard promovierte am Lehrstuhl für Verkehrsrecht der Universität Gießen und war bis 1997 Leiter der juristischen Zentrale beim ADAC. Anschließend arbeitete er als Rechtsanwalt mit den Schwerpunkten Verkehrs- und Verkehrsstrafrecht sowie Ordnungswidrigkeiten-Recht.

Gefahr aus Paris

Die Begeisterung der deutschen Wirtschaft über die Kompromisse der Großen Koalition hält sich in engen Grenzen. Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel, einst Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und heute dessen Vizepräsident, erläuterte in seinem Peutinger-Vortrag im Bayerischen Hof, wie hilfreich die Reformen der Agenda 2010 waren und wie notwendig es wäre, den Reformkurs fortzusetzen. Mit Blick auf Europa sieht Keitel weniger Gefahren aus dem Mittelmeerraum als von Frankreich, das staatsgläubig und kaum zu Reformen fähig sei.



Krise und Freiheit

Die weltweite Finanzkrise, die europäische Schuldenkrise und die auf beide folgende Eintrübung der Weltwirtschaft gingen wie ein Schock über die Kontinente und hinterließen Ratlosigkeit: Wie konnte das passieren? Professor Dr. Michael Hüther, Direktor und Präsidiums-Mitglied des Kölner Instituts der Deutschen Wirtschaft, schlägt mit seinem Peutinger-Vortrag im Bayerischen Hof eine Schneise der Erkenntnis, die schon im Thema anklang: „Krise und Freiheit – Unvermeidliche Spannung in einer offenen Gesellschaft.“ So sind es nicht zu Letzt die sozialen Forderungen der Bürger, denen die in kurzen Wahlperioden denkende Politik allzu leicht nachkommt und die dann rasch die finanzielle Leistungskraft eines Staates übersteigen. Ein Abend, der tief in die Geheimnisse einer nicht selten unheimlichen Finanzwelt blicken lässt und mit dem Schlusswort von Professor Dr. Christoph Zeitler von der Evangelischen Hochschule Nürnberg mit einem optimistischen Blick in die Zukunft ausklingt.



Steuern und Gerechtigkeit

Steuern werden nur in den seltensten Fällen freudig und freiwillig bezahlt. Doch die wenigsten bezweifeln, dass sie notwendig sind, um einen funktionierenden Staat zu finanzieren, der dem Bürger Schutz, Bildung und Infrastruktur gewährt. Doch wie gerecht ist unser Steuersystem? Den Zweifel daran lässt Professor Dr. h.c. Rudolf Mellinshoff schon im Titel seines Peutinger-Vortrags anklängen: „Steuergerechtigkeit und Reformbedarf des deutschen Steuerrechts.“ Als Präsident des Bundesfinanzhofes in München ist er kundig wie kaum ein zweiter. Eindrucksvoll schildert er, wie beim Versuch, die Steuergesetze immer gerechter zu gestalten, ein selbst von Steuerberatern kaum mehr zu überschauender Berg von Paragraphen und Sonderregelungen angewachsen ist, zu dem fast täglich neue hinzukommen. Eine gründliche Reform sei dringend geboten. Doch die Hoffnung darauf sollte nicht zu hoch sein: Den Paragraphen-Dschungel im Steuerrecht massiv zu lichten, steht auf keiner politischen Agenda.





„Deutsche Wirtschaft nach der Wahl“: BDI-Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel (Bild 1).
Alexander von Benkendorff, M.C. Management Consult Unternehmensberatung GmbH, und Direktor Andreas Knospe von der UBS Deutschland AG (Bild 2).

Das Schlusswort sprach Ferdinand Erbgraf zu Castell-Castell, Aufsichtsrat und Gesellschafter Fürstlich Castell'sche Bank, Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel und Peutinger-Präsidiumsmitglied Robert Salzl (Bild 3).

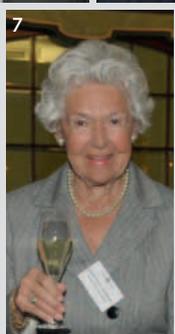
Staatssekretär a.D. Dr. Wilhelm Knittel (Bundesverkehrsministerium und ehemaliger Büroleiter von Franz Josef Strauß) mit Direktor Christian Strobach, St. Galler Kantonalbank Deutschland AG, und Patentanwalt Dipl.-Ing. Alexander Beck (Bild 4).

Dipl.-oec. Mathis Broelmann, BMW AG, und Raphael Max (Bild 5).

Prof. Dr. Albrecht Sachs und Marcus Kossedy, Fürstlich Castell'sche Bank (Bild 6).

Dagmar Frein Horst-v. Hunoltstein (Bild 7).

Dr. Günter Brüggemann, Rechtsanwalt a.D., und Rechtsanwalt Alexander Grundner-Culemann (Bild 8).



Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln bei seinem Vortrag (Bild 1).

Prof. Dr. Christoph Zeitler von der Evangelischen Hochschule Nürnberg sprach das Schlusswort (Bild 2).

Gruppenbild mit Konrad Peutinger (v.l.): Peutinger-Vizepräsident und Mitglied des KPMG-Vorstands, Prof. Dr. Bernd Grottel, Prof. Dr. Michael Hüther, Prof. Dr. Christoph Zeitler und Peutinger-Präsident Dr. Marcus Ernst (Bild 3).

Prof. Dr.-Ing Hans-Joachim Hof, Professor für sichere Softwaresysteme an der Hochschule München, und Bernd Nobis, Pressesprecher des Peutinger-Collegiums (Bild 4).

Dr. Florian Neumann, Geschäftsleitung Neumann & Kamp, und Elisabeth Meier, Vorstand Gerhard Meier AG (Bild 5).

Evi Brandl, Geschäftsführende Gesellschafterin Vinzenzmuhr GmbH (Bild 6).

Fröhliche Frauen-Runde: Rechtsanwältin Agnes Fischer, Dr. Gabriele Jahn, Leitung Service Center Personal, Stadtwerke München, und die Ärztin Dr. Susanne Hermsdorff (Bild 7).



Prof. Dr. h. c. Rudolf Mellinshoff, Präsident des Bundesfinanzhofes, am Peutinger-Rednerpult (Bild 1).

Peutinger-Schatzmeister Dr. Marcus Lingel, Merkur Bank, begrüßt die Gäste des Abends (Bild 2).

Engagiertes Schlusswort von Rolf von Hohenhau, dem Präsidenten des Bundes der Steuerzahler in Bayern (Bild 3).

Peutinger-Chefredakteur Peter Schmalz und Prof. Dr. jur. Heinrich Reiter, BGS-Präsident i.R. (Bild 4).

Uta Rosenbauer-Johnsen, Dozentin an der Universität Eichstätt, und Masako Stroke (Bild 5).

Dr. Wilfried Hake, Dipl.-Ing. Helmut Müller, m-consult international, und Mathis Broelmann, BMW AG (Bild 6).

Christian Geissler, Geschäftsführender Gesellschafter Commax Consulting GmbH Learning & Development, und Paul Peters, Complex General Manager der Münchner Hotels Westin Grand und Sheraton Arabella Park (Bild 7).



Foto: Justa/München

Leben in der Metropole

Beim Peutinger-Symposium „Made in Germany – Urbanisierung“ saßen renommierte Fachleute auf dem Podium im Münchner BMW-Pavillon – darunter der Herzchirurg Professor Dr. med. Bruno Reichart, Münchens ehemalige Stadtbaurätin Prof. Christiane Thalgot und Prof. Dr. Sigrun Kabisch vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig. Das aktuelle Thema der Experten-Runde: Wie lebt es sich künftig in Metropolen, in die immer mehr Menschen strömen werden? Laut einer Prognose werden in den nächsten 15 Jahren 200.000 Menschen nach München und Umgebung ziehen. Ein Zuzug wie in keiner anderen deutschen Stadt.



Sprache und Identität

Der gestandene Bayer hat eine selbstbewusste Standortbestimmung: „Mia san mia.“ Drei Worte, die vor Kraft und Stolz zu strotzen scheinen, doch in der globalen Welt lauern Gefahren, die das bayerische Fundament zu unterspülen drohen, mahnt der Sprachwissenschaftler Professor Dr. Hermann Scheuringer von der Universität Regensburg in seinem Vortrag „Traditionsbewusstsein bei kultureller Vielfalt – Bayerische Sprache und bayerische Identität.“ Ausführlich beleuchtet Scheuringer die Geschichte der bayerischen Sprache und ihre Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Allerdings werde immer mehr die Hochsprache verwendet, was ihn zu der Forderung bringt, das inzwischen wohlhabend Bayern möge mehr für den bayerischen Dialekt und die bayerische Identität tun. Als Beispiel regt er an, zumindest an einer bayerischen Hochschule das Fach „Bayerische Studien“ einzuführen. Professor Dr. Anthony Rowly von der Kommission für Mundartforschung der Bayerischen Akademie beendet den Abend mit einem heiteren Exkurs in den bayerischen Dialekt.





Kundige Runde, moderiert von Anna Groß (Mitte): Herzchirurg Professor Dr. med. Bruno Reichart, Münchens ehemalige Stadtbaurätin Prof. Christiane Thalgot, Prof. Dr. Sigrun Kabisch vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig und Dr.-Ing. Julian Weber, Leiter der Innovationsprojekte E-Mobilität der BMW Group (Bild 1).

Strebt Münchens höchstes Amt an: CSU-OB-Kandidat Josef Schmid (Bild 2).

Peter Mey, Leiter der BMW-Niederlassung München, eröffnet das Symposium (Bild 3).

Architekturfotografen Hans-Georg Esch (li., hier mit Peutinger-Präsident Dr. Marcus Ernst) beeindruckte mit einer stimmungsvollen Diashow über Mega-Cities (Bild 4).



Dipl.-Kfzr. Maria Maximiliane Fister, BMW BKK, und Stefan Fister (Bild 5).

Ausnahmsweise mit Alkohol am Steuer: Rechtsanwalt Peter Därr und Grenzschutz-Direktor a.D. Dr. Gottfried Feger im Modell eines BMW i3 (Bild 6).

Wirtschaftskurier-Redakteurin Nina Bradinova, BMW-Marketing-Leiter Dr. Michael Trausnitz, Peutinger-Pressesprecher Bernd Nobis und Wirtschaftskurier-Chefredakteurin Elwine Happ-Frank (Bild 7).

Stummer Star des Abends: Der neue Elektro-BMW i3 (Bild 8).

Der BMW-Pavillon am Münchner Lenbachplatz bot den eindrucksvollen Rahmen für den Abend über Urbanisierung (Bild 9).

[Mehr über das Symposium auf der Seite 20](#)



Sprachgewaltige: Prof. Dr. Hermann Scheuringer (r.) im Dialog mit Prof. Dr. Anthony Rowley und Dr. Marcus Ernst als Moderator der Veranstaltung (Bild 1).

Direktor Oliver Frank, Fürstlich Castell'sche Bank (li.), und Wolfgang Graf zu Castell-Castell (Bild 2).

Notar Dr. Claus Gastroph (Bild 3).

Dr. Christian Seligmann, Kardiologische Praxis Schwabing (li.), Conventor Dr. med. Tarig Kusus (Mi.) und Staatssekretär a. D. Dr. h. c. Alfred Bayer (Bild 4).

Rechtsanwalt Peter Staudacher und Susann Schmidt (Bild 5).

Juwelier Egmont Ernst und Beate Ostler von der Geschäftsführung M.E. Amon GmbH & Co. Verw. KG (Bild 6).

Peutinger-Präsident Dr. Marcus Ernst verabschiedet die langjährige Geschäftsstellenleiterin Elisabeth Eibach (Bild 7).

Wolfgang Bertsch, Kaufmännischer Leiter BMW Niederlassung München, und Publizistin Eva Demmerle (Bild 8).

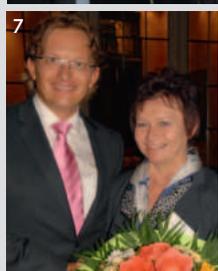


Foto: Justa/München

Nur eine globale Bank kann Menschen und Märkte verbinden.

Als globale Bank sind wir in der Lage, unseren Kunden weltweit ein starker Partner zu sein. Unsere Präsenz in über 70 Ländern ermöglicht ihnen wertvolle Einblicke in die Risiken und Chancen der Märkte. Diese globale Aufstellung und unser ausgewogenes Geschäftsmodell geben unseren Kunden die nötige Kraft und Stabilität, ihre Ziele zu erreichen.

Leistung aus Leidenschaft

